

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kitzinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dinkhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadirekt

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Mündigkeit beiderseits 4 Wochen
vor dem Drucktermin, wenn nicht anders vereinbart. Dr. Kitzinghaus für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 5. April 1930

Befreiungsfeiern oder Klamauk?

Inti Institut
88c. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Am Rhein rüsten sich die Oberhäupter der Kommunen, die am 30. Juni fällige Räumung der dritten Zone und damit die völlige Beseitigung der Besatzung feierlich zu begehen. Es ist ein edler Wettstreit entbrannt, in welcher Stadt der dritten Zone die sogenannte Hauptfeier mit dem Reichspräsidenten an der Spitze stattfinden soll: ob in Koblenz, Mainz, Wiesbaden, Ludwigshafen, Speyer, Worms oder Kaiserslautern. Es sollen natürlich "nur würdige Feiern" in bescheidenem Rahmen veranstaltet werden und doch glauben wir, dass Konrad der Grosse von Köln in dem redegewaltigen Külb von Mainz als maître de pläsier fröhliche Urständ feiern wird.

In Koblenz hat man sich schon jetzt, wochenlang vor der Räumung der dritten Zone ein besonderes Programm zurecht gemacht. Hier soll mit dem Beginn der Baumbüte bis in den Sommer hinein, eine Regiments- und Wiedersehens-Feier die andere jagen. Sonntag für Sonntag werden tapfere Krieger zu Nutz der edlen Zunft der Gastwirte und zur Behebung der Not in den Weinbaugebieten die Stadt und Umgegend bevölkern. Auftakt zu dieser Festfolge wird die für den 13. April vorgesehene feierliche Rückkehr der Fahnen und Standarten der ehemaligen Koblenzer Regimenter sein. Seit der Besetzung wurden diese Zeichen in Münster in Westfalen gegen Mottenfrass und Staub geschützt. Jetzt sollen sie, und so will es der Ehrgeiz des Koblenzer Oberbürgermeisters Dr. Russell, im Einverständnis mit der Reichswehrleitung wieder nach Koblenz gebracht werden. Der tüchtige Herr Ochs - nicht der von Lerchenau sondern der Beigeordnete in Koblenz - hat in persönlicher Verhandlung diesen Erfolg nach Hause bringen können.

Am 13. April steigt also das Fest. Dazu hatte sich das in Koblenz existierende Büro zur Vorbereitung von städtischen Festen und zur Hebung des Fremdenverkehrs schon ein fix und fertiges Programm zur Begeisterung des Spiessbürgertums ausgedacht und auch die zuständigen untergeordneten Reichswehrstellen hatten bereits ihre Zustimmung erteilt, als man darauf aufmerksam gemacht wurde, dass Koblenz in der entmilitarisierten Zone liegt und Reichswehrsoldaten dort in geschlossenen Formationen nicht auftreten dürfen. Ein unwürdiger Zustand, gegen den, wo es auch möglich war und ist, die Sozialdemokratie angekämpft hat und ankämpfen wird. Aber vorerst ist daran leider nichts zu ändern und so wird bei der Heimkehr der Fahnen und Standarten der ehemaligen Koblenzer Regimenter etwas weniger Klamauk entfaltet und etwas weniger Theater gespielt werden. Immerhin wird noch genügend Raum und Zeit sein, um den Überschwang der Gefühle austoben zu lassen - und davor ist uns angst und bange. Wir fürchten keine aussenpolitischen Verwicklungen, wenn einer der rheinischen Oberbürgermeister aus Versehen ein altes Manuskript einer Kaisergeburtstagsrede aus dem Fach nimmt. Andererseits ist die Räumung des besetzten Gebietes ein historisch wichtiger Augenblick und darum einer würdigen Feier wert. Die Frage ist nur, ob sich der Jubel der Bevölkerung in antiquierten Formen austoben und von bezopften Herren der Vergangenheit oder gar von solchen diri-

giert werden darf, deren ganze Politik gegen die Räumung der besetzten Gebiete gerichtet war und die jetzt angesichts des Erfolges der Räumung bei den Feiern natürlich an der Spitze marschieren, als hätten sie nichts sehnlicher als die Räumung gewollt.

Die massgebenden Berliner Stellen beschäftigen sich u.W. schon seit geraumer Zeit mit der Frage, wie der Abzug der letzten französischen Truppen aus dem Rheinland in würdiger Form gefeiert werden kann. Es liegen eine ganze Reihe von Vorschlägen vor. Uns will davon der Gedanke einer zentralen Veranstaltung am Sitze der politischen Gewalt, in Berlin durchaus sinnvoll erscheinen. Ob man dazu den ersten Sonntag nach dem 30. Juni wählt, oder die Verfassungsfeier unter den Gedanken der Befreiung der Rheinlande stellt, ist gleichgültig. Ort der Hauptfeier muss aber aus politischen Gründen Berlin sein. Eine Veranstaltung in der Reichshauptstadt würde ausserdem den Froschmäusekrieg der Städte am Rhein um die Ehre der Hauptfeier beenden. Dass der Reichspräsident jedem der Hauptorte der zweiten und dritten Zone einen Besuch abstattet, liegt u.W. durchaus in seiner Absicht und selbst wenn Herr Treviranus dann noch Minister für die besetzten Gebiete sein sollte, so besteht keine Gefahr, dass er sich in der Begleitung des Reichspräsidenten befinden wird. Das Zentrum hat das vor der Übergabe des Ministeriums für die besetzten Gebiete an Treviranus zur Bedingung gemacht. So wird Herr von Hindenburg seine Rheinlandreise ohne seinen Vertrauensmann "Trevi" antreten müssen.

Die Sozialdemokratie wird sich von den Befreiungsfeiern nicht ausschalten lassen. Sie will mit den freien Gewerkschaften dabei sein, weil es nicht zuletzt ihrer Politik zu verdanken ist, wenn die Befreiungstunde am Rhein fünf Jahre früher schlägt, als es der Wille der Sieger im Weltkrieg und die deutschenationalen Politik wollte. Wir wollen aber auch dabei sein, damit die Feiern in Würde verlaufen und nicht zu Klamauk-Veranstaltungen werden, wie es jene wollen, die alle Ursache hätten dem feierlichen Gedenken an die Politik der Befreiung fernzubleiben.

SPD. Dresden, 5. April (Eig. Drahtb.)

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat nach Empfang des demokratischen Regierungsprogramms beschlossen, in mündlichen Verhandlungen mit den Demokraten eine weitere Klärung der Lage herbeizuführen. Am Montag soll eine Besprechung zwischen den Vertretern der beiden Fraktionen stattfinden.

SPD. Die Beratungen des Reichstags-Steuerausschusses haben am Sonnabend bestätigt, dass der Bruch der Grossen Koalition für die Finanzsanierung eine fast ausweglose Situation geschaffen hat, die die Regierung Brüning kaum zu meistern imstande sein wird. Die Regierung will die noch fehlenden Vorlagen über den Finanzausgleich und die Vorbereitung der Finanzreform sofort dem Reichstag zuleiten. Sie sollen am Dienstag in der Vollversammlung in erster Lesung beraten werden. Da aus formellen Gründen diese Vorlage noch den ursprünglichen Entwurf der Reichsregierung zur Arbeitslosenversicherung enthalten wird, so sollen die in der Regierung vertretenen Parteien das von der Sozialdemokratie abgelehnte Kompromiss als Initiativantrag einbringen.

Mit dieser Sachlage ist die Stellung der Sozialdemokratie zu dem ganzen Finanzprogramm der Regierung gegeben. Da die Sozialdemokratie immer eine ihren Wünschen entsprechende Regelung der Arbeitslosenversicherung als die wichtigste Voraussetzung für ihre Zustimmung zu den Deckungsvorlagen und den Plänen über die künftige Finanzreform bezeichnet hat, so kann selbstverständlich von ihr keine positive Stellung zu den Steuererhöhungen erwartet werden, wenn die Voraussetzung dafür nicht erfüllt wird.

Eine Einigung unter den übrigen Parteien aber, besonders unter Einbeziehung der Deutschnationalen, ist ausserordentlich schwierig. Das grösste Hindernis ist die Erhöhung der Biersteuer. Mit einer Schärfe, wie sie bisher nicht zu beobachten war, hat am Sonnabend der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, der Abg. Horlacher, den Gedanken an eine Zustimmung der Bayerischen Volkspartei zur Erhöhung der Biersteuer abgelehnt. Selbst die Anwendung des Art. 48, so hat er drohend hinzugefügt, werde die Bayerische Volkspartei nicht von ihrer Haltung abbringen. Ihm schlossen sich der Abg. Colosser von der Wirtschaftspartei und der Abg. Sybel von den Christlich-nationalen Bauern an. Drei in der Regierung vertretene Parteien wehren sich also auf das Schärfste gegen das wichtigste Stück der Steuererhöhungen der Regierung. Und da die Deutschnationalen die gleiche Haltung einnehmen, so steht der kategorischen Erklärung der Reichsregierung, sie halte an der Erhöhung der Biersteuer um 75 Prozent fest, die ebenso kategorische Ablehnung eines grossen und für die Mehrheitsbildung unerlässlichen Bestandteils der Regierungsmehrheit gegenüber, der Herr Dr. Brünig sein "Vertrauensvotum" verdankt.

Ebenso bemerkenswert ist die Zurückhaltung der übrigen Regierungsparteien. Lediglich der Vertreter der Demokraten, Abg. Dr. Fischer-Köln, hat der Regierung für die Biersteuererhöhung seine Unterstützung zugesagt. Aber sowohl der Abg. Dr. Becker-Hessen (D.V.) als auch der Abg. Dr. Föhr (Ztr) haben zwar die Dringlichkeit der Steuererhöhungen betont, sich im übrigen aber völlige Freiheit ihrer Entscheidungen vorbehalten. Diese Zurückhaltung ist zu einem kleinen Teil getragen von der irrigen Hoffnung, die Sozialdemokratie werde wegen der drohenden Anwendung des Art. 48 Hilfsstellung für die Steuererhöhung leisten. Zu einem anderen Teil aber beruht sie auf der Annahme, dass die den Deutschnationalen versprochene Agrarhilfe von ihnen als ein ausreichendes Kaufgeld für die Preisgabe ihrer bisherigen Haltung angesehen werde.

Die Hoffnungen auf die Sozialdemokratie werden nicht in Erfüllung gehen. Das hat der sozialdemokratische Abgeordnete Keil am Sonnabend mit aller Deutlichkeit dargelegt. In Übereinstimmung mit der Auffassung der gesamten sozialdemokratischen Fraktion hat er, um jeglichen Missdeutungen vorzubeugen, noch einmal festgestellt, dass die gegenwärtige Haltung der Sozialdemokratie sich in voller Übereinstimmung befindet mit ihrer früheren Auffassung. Ebenso wie sie früher bereit war, für die Aufrechterhaltung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung Zugeständnisse zu machen auf dem Steuergebiet, sie aber abzulehnen, wenn die Pläne auf Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht aufgegeben werden, wird sie auch jetzt die Steuererhöhungen ablehnen, wenn die Regierungsparteien die Gegenleistung bei der Arbeitslosenversicherung nicht gewähren wollen und an ihren Plänen zur Senkung der Steuern auf Kosten der sozialen Leistungen festhalten.

Am Montag wird der Steuerausschuss in die Einzelberatung eintreten, in der sicherlich die Schwierigkeiten der Regierungskoalition kaum geringer sein werden als bisher.

SPD. New York, 5. April (Eig. Drahtb.)

Der Soziologe W.E. Chalmers von der Universität Pittsburgh äusserte sich über die Zustände in der amerikanischen Stahlindustrie auf Grund monatelanger Studien:

".... Die technische Arbeitslosigkeit (durch die Maschinenentwicklung verursacht) in der Stahlindustrie findet in keiner anderen amerikanischen Industrie ihresgleichen. Im Verlaufe der letzten drei Jahre sind 8 bis 23 Prozent der Arbeiterbelegschaften in den verschiedenen Werkabteilungen technisch ausgeschaltet, d.h. entlassen worden. Allein die Edgar Thompson-Werke in Braddock, Pittsburgh haben bei voller Aufrechterhaltung und sogar Steigerung der Produktion die Zahl ihrer Arbeiter in den letzten vier Jahren von 7000 auf 4800 reduziert."

giert werden darf, deren ganze Politik gegen die Räumung der besetzten Gebiete gerichtet war und die jetzt angesichts des Erfolges der Räumung bei den Feiern natürlich an der Spitze marschieren, als hätten sie nichts sehnlicher als die Räumung gewollt.

Die massgebenden Berliner Stellen beschäftigen sich u.W. schon seit geraumer Zeit mit der Frage, wie der Abzug der letzten französischen Truppen aus dem Rheinland in würdiger Form gefeiert werden kann. Es liegen eine ganze Reihe von Vorschlägen vor. Uns will davon der Gedanke einer zentralen Veranstaltung am Sitze der politischen Gewalt, in Berlin durchaus sinnvoll erscheinen. Ob man dazu den ersten Sonntag nach dem 30. Juni wählt, oder die Verfassungsfeier unter den Gedanken der Befreiung der Rheinlande stellt, ist gleichgültig. Ort der Hauptfeier muss aber aus politischen Gründen Berlin sein. Eine Veranstaltung in der Reichshauptstadt würde ausserdem den Froschmäusekrieg der Städte am Rhein um die Ehre der Hauptfeier beenden. Dass der Reichspräsident jedem der Hauptorte der zweiten und dritten Zone einen Besuch abstattet, liegt u.W. durchaus in seiner Absicht und selbst wenn Herr Treviranus dann noch Minister für die besetzten Gebiete sein sollte, so besteht keine Gefahr, dass er sich in der Begleitung des Reichspräsidenten befinden wird. Das Zentrum hat das vor der Übergabe des Ministeriums für die besetzten Gebiete an Treviranus zur Bedingung gemacht. So wird Herr von Hindenburg seine Rheinlandreise ohne seinen Vertrauensmann "Trevi" antreten müssen.

Die Sozialdemokratie wird sich von den Befreiungsfeiern nicht ausschalten lassen. Sie will mit den freien Gewerkschaften dabei sein, weil es nicht zuletzt ihrer Politik zu verdanken ist, wenn die Befreiungsstunde am Rhein fünf Jahre früher schlägt, als es der Wille der Sieger im Weltkrieg und die deutschenationalen Politik wollte. Wir wollen aber auch dabei sein, damit die Feiern in Würde verlaufen und nicht zu Klamauk-Veranstaltungen werden, wie es jene wollen, die alle Ursache hätten dem feierlichen Gedenken an die Politik der Befreiung fernzubleiben.

SPD. Dresden, 5. April (Eig. Drahtb.)

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat nach Empfang des demokratischen Regierungsprogramms beschlossen, in mündlichen Verhandlungen mit den Demokraten eine weitere Klärung der Lage herbeizuführen. Am Montag soll eine Besprechung zwischen den Vertretern der beiden Fraktionen stattfinden.

SPD. Die Beratungen des Reichstags-Steuer Ausschusses haben am Sonnabend bestätigt, dass der Bruch der Grossen Koalition für die Finanzsanierung eine fast ausweglose Situation geschaffen hat, die die Regierung Brüning kaum zu meistern imstande sein wird. Die Regierung will die noch fehlenden Vorlagen über den Finanzausgleich und die Vorbereitung der Finanzreform sofort dem Reichstag zuleiten. Sie sollen am Dienstag in der Vollversammlung in erster Lesung beraten werden. Da aus formellen Gründen diese Vorlage noch den ursprünglichen Entwurf der Reichsregierung zur Arbeitslosenversicherung enthalten wird, so sollen die in der Regierung vertretenen Parteien das von der Sozialdemokratie abgelehnte Kompromiss als Initiativantrag einbringen.

Mit dieser Sachlage ist die Stellung der Sozialdemokratie zu dem ganzen Finanzprogramm der Regierung gegeben. Da die Sozialdemokratie immer eine ihren Wünschen entsprechende Regelung der Arbeitslosenversicherung als die wichtigste Voraussetzung für ihre Zustimmung zu den Deckungsvorlagen und den Plänen über die künftige Finanzreform bezeichnet hat, so kann selbstverständlich von ihr keine positive Stellung zu den Steuererhöhungen erwartet werden, wenn die Voraussetzung dafür nicht erfüllt wird.

Eine Einigung unter den übrigen Parteien aber, besonders (unter Einbeziehung der Deutschnationalen, ist ausserordentlich schwierig. Das grösste Hindernis ist die Erhöhung der Biersteuer. Mit einer Schärfe, wie sie bisher nicht zu beobachten war, hat am Sonnabend der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, der Abg. Horlacher, den Gedanken an eine Zustimmung der Bayerischen Volkspartei zur Erhöhung der Biersteuer abgelehnt. Selbst die Anwendung des Art.48, so hat er drohend hinzugefügt, werde die Bayerische Volkspartei nicht von ihrer Haltung abbringen. Ihm schlossen sich der Abg. Colosser vorder Wirtschaftspartei und der Abg. Sybel von den Christlich-nationalen Bauern an. Drei in der Regierung vertretene Parteien wehren sich also auf das Schärfste gegen das wichtigste Stück der Steuererhöhungen der der Regierung. Und da die Deutschnationalen die gleiche Haltung einnehmen, so steht der kategorischen Erklärung der Reichsregierung, sie halte an der Erhöhung der Biersteuer um 75 Prozent fest, die ebenso kategorische Ablehnung eines grossen und für die Mehrheitsbildung unerlässlichen Bestandteils der Regierungsmehrheit gegenüber, der Herr Dr. Brüning sein "Vertrauensvotum" verdankt.

Ebenso bemerkenswert ist die Zurückhaltung der übrigen Regierungsparteien. Lediglich der Vertreter der Demokraten, Abg. Dr. Fischer-Köln, hat der Regierung für die Biersteuererhöhung seine Unterstützung zugesagt. Aber sowohl der Abg. Dr. Becker-Hessen (D.V.) als auch der Abg. Dr. Föhr (Ztr) haben zwar die Dringlichkeit der Steuererhöhungen betont, sich im übrigen aber völlige Freiheit ihrer Entscheidungen vorbehalten. Diese Zurückhaltung ist zu einem kleinen Teil getragen von der irrigen Hoffnung, die Sozialdemokratie werde wegen der drohenden Anwendung des Art.48 Hilfsstellung für die Steuererhöhung leisten. Zu einem anderen Teil aber beruht sie auf der Annahme, dass die den Deutschnationalen versprochene Agrarhilfe von ihnen als ein ausreichendes Kaufgeld für die Preisgabe ihrer bisherigen Haltung angesehen werde.

Die Hoffnungen auf die Sozialdemokratie werden nicht in Erfüllung gehen. Das hat der sozialdemokratische Abgeordnete Keil am Sonnabend mit aller Deutlichkeit dargelegt. In Übereinstimmung mit der Auffassung der gesamten sozialdemokratischen Fraktion hat er, um jeglichen Missdeutungen vorzubeugen, noch einmal festgestellt, dass die gegenwärtige Haltung der Sozialdemokratie sich in voller Übereinstimmung befindet mit ihrer früheren Auffassung. Ebenso wie sie früher bereit war, für die Aufrechterhaltung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung Zugeständnisse zu machen auf dem Steuergebiet, sie aber abzulehnen, wenn die Pläne auf Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht aufgegeben werden, wird sie auch jetzt die Steuererhöhungen ablehnen, wenn die Regierungsparteien die Gegenleistung bei der Arbeitslosenversicherung nicht gewähren wollen und an ihren Plänen zur Senkung der Steuern auf Kosten der sozialen Leistungen festhalten.

Am Montag wird der Steuerausschuss in die Einzelberatung eintreten, in der sicherlich die Schwierigkeiten der Regierungskoalition kaum geringer sein werden als bisher.

SPD. New York, 5. April (Eig. Drahtb.)

Der Soziologe W.E. Chalmers von der Universität Pittsburgh äusserte sich über die Zustände in der amerikanischen Stahlindustrie auf Grund monatelanger Studien :

".... Die technische Arbeitslosigkeit (durch die Maschinenentwicklung veranlasst) in der Stahlindustrie findet in keiner anderen amerikanischen Industrie ihresgleichen. Im Verlaufe der letzten drei Jahre sind 8 bis 23 Prozent der Arbeiterbelegschaften in den verschiedenen Werkabteilungen technisch ausgeschaltet, d.h. entlassen worden. Allein die Edgar Thompson-Werke in Braddock Pittsburgh haben bei voller Aufrechterhaltung und sogar Steigerung der Produktion die Zahl ihrer Arbeiter in den letzten vier Jahren von 7000 auf 4800 reduziert."

".... Auf der anderen Seite ist es den grossen Stahlunternehmen Amerikas nie so gut gegangen wie in den letzten Jahren. Trotz der industriellen Depression im letzten Viertel des Jahres 1929, deren Auswirkungen sich erst jetzt bemerkbar zu machen beginnen, hat die U.S. Steel Corporation in demselben Zeitraum die grössten Profite seit ihrem Bestehen erzielen können. Diesen Rekord-Profiten stehen in der Industrie eine Rekord-Arbeitslosigkeit, scharfe Lohnkürzungen und die Aufrechterhaltung langer Arbeitszeiten gegenüber....."

".... In den ununterbrochen arbeitenden Werkabteilungen der grossen Werke ist die 8stündige Arbeitszeit in Kraft. In den anderen Abteilungen und in den kleineren Werken ist der 10stündige Arbeitstag üblich, aber 12stündige Schichten und die 7tägige Arbeitswoche sind nichts Ungewöhnliches. Allein in Pittsburgh arbeiten gegen 5000 Stahlarbeiter sieben Tage in der Woche. In jeder dritten Woche müssen die Arbeiter der U.S. Steel Corporation 16 Stunden von 24 arbeiten...."

Diesen nüchternen Feststellungen eines Wissenschaftlers ist nicht viel hinzuzusetzen. Die Frage, die unter solchen Umständen naturgemäss auftaucht, ist: Wie verhält sich die amerikanische Arbeiterschaft zu diesen Dingen? Auch hier ist die Antwort entmutigend. Dem ausgezeichnet organisierten Spionagesystem, der Unternehmer zur Ausspürung der unzufriedenen Arbeiter und Organisatoren steht keine kräftige Gewerkschaft gegenüber, die in der Lage ist, diesen Zuständen und der offenen Arbeiterfeindlichkeit der Werkleitungen Einhalt zu gebieten. Die Amalgamated Association der Iron, Steel and Tin Workers (Verband der Eisen, Stahl und Zinnarbeiter), die dem amerikanischen Gewerkschaftsbunde angeschlossen ist, hat nur in einigen numerisch schwachen und hochbezahlten Handwerken Fuss fassen können und reicht nicht in die Arbeitermassen dieser Industrie hinein. Seit dem grossen Stahlarbeiterstreik des Jahres 1919 haben die grossen Werke zur Spionage gegriffen, um die "Wiederkehr derartig unliebsamer Zustände" wirksam zu verhindern. Die tatsächliche Lage gibt dieser löblichen Politik auch Recht. Die Fabrikortschaften stehen unter der Herrschaft ihrer Kreaturen und Spitzel; Freie Rede und das Versammlungsrecht sind so gut wie unbekannt; Jede Agitation ist von sofortiger Ausweisung begleitet, was um so leichter fällt, da die Besitzer oder Pächter von Logierhäusern häufig Agenten der Werke sind.

SPD. Hugenberg erhielt in diesen Tagen Fusstritt auf Fusstritt. Was ihm die Nationalsozialisten gegenwärtig alles anhängen und vorwerfen, dürfte sich der "grosse Führer der Rechten", der Hugenberg werden wollte, niemals haben träumen lassen. Jetzt höhnen auch die Volkskonservativen, die eigentlichen Urheber der Regierung Brüning, über den Kapitulanten vom 3. April. So schreibt z.B. die "Volkskonservative Stimme" in ihrer neuesten Nummer:

"Im Hinblick auf die Entwicklung kann man die Belastungsprobe ruhig hinnehmen, die das Kabinett dadurch erfahren hat, dass auch jener Teil der Deutschnationalen Partei, der zu seiner Politik innerlich in schärfstem Widerspruch steht, vor dem höheren Zwang (nicht der besseren Erkenntnis) kapituliert und das von der Linken beantragte Misstrauen abgelehnt hat. Entscheidend ist auch hier, dass diese Reuegeste eines kurz vorm Strick zur Frömmigkeit greifenden Sünders an sich überflüssig gewesen ist. Denn selbst im parlamentarischen Sinne hätte man ja diese Stimmen nicht gebraucht, um die Mehrheit für das Kabinett herzustellen. Aber die taktischen Kunststücke der Deutschnationalen Fraktion haben trotzdem ihren Wert für die Zukunft: in einer lehrreichen Situation ist ein Seminar über den praktischen Einsatz nationaler Kräfte abgehalten worden, das ein vernichtendes Urteil über die deutschnationale Politik der letzten Jahre darstellt. Kein anderer als Geheimrat Hugenberg selbst musste vor dem Reichstag, in parlamentarischer Rechtfertigung eines typisch parlamentarisch-taktischen Kunstgriffs, der den Zerfall seiner Partei

in letzter Minute verhindern sollte, den Schuldspruch über seine eigenen bisherigen Methoden abgeben. "Praktische Arbeit vor Agitation, positive Abwehr von Gefahren, aktive Mitarbeit statt Absonderung" - das war die neue Erkenntnis, die er plötzlich predigte und die, wenn es in seiner Umgebung noch Leute mit Urteilskraft und Logik gibt, zu vernichtenden Konsequenzen führen muss. Es lag am Redner, wenn der Reichstag diesen historischen Moment mit betäubendem Gelächter übertönte. Hinter den tönenden Worten, die die Ablehnung der Misstrauensvoten durch die Proklamierung eigenen Misstrauens zu verwischen suchte, die es so hinstellen sollten, als hänge das Kabinett Hindenburg von Herrn Hugenberg ab, stand nackt die brutale Wahrheit, dass die von dem Sprecher seit Jahren verfolgten Methoden bankerott, dass seine Pläne am Ende sind."

Das hat der "Retter der Regierung" davon: Zum Hohn auch noch den Spott. - und wie es heisst soll ihm Treviranus diese Quittung in der "Volkskonservativer Stimme" höchst persönlich erteilt haben. Ja Herr Hugenberg: Undank ist der Welt Lohn!

SPD. Wien, 5. April (Eig. Drahtb.)

Der Nationalrat nahm am Sonnabend das Anti-Terrorgesetz in dritter Lesung an. Sämtliche sozialdemokratischen Abänderungsanträge wurden in namentlicher Abstimmung mit 80 gegen 49 Stimmen abgelehnt.

SPD. Das schlesische Zentrumsblatt, die "Schlesische Volkszeitung" in Breslau, regt sich am Sonnabend in nicht weniger als 2 Spalten über bevorstehende personelle Veränderungen in der Verwaltung des Regierungspräsidiums Breslau auf. Uns ist diese Aufregung ausgerechnet gegenüber der Sozialdemokratie umso unverständlicher, als es sich bei den angeblich bevorstehenden personellen Veränderungen lediglich um Erörterungen handelt, die noch keineswegs die Form bestimmter Entschlüsse der preussischen Staatsregierung angenommen haben. Und warum diese Erörterungen? Doch nur weil die Zentrumsfraktion des preussischen Landtages das Regierungspräsidium in Breslau für einen Zentrumsman gefordert hat und nicht weil die Sozialdemokratie etwa die Versetzung des durchaus tüchtigen Regierungspräsidenten Jännicke von Breslau nach Potsdam wünschte. Wenn also die "Schlesische Volkszeitung" schon glaubt Grund zur Aufregung zu haben, dann sollte sie sich wenigstens gegenüber der preussischen Zentrumsfraktion aufregen, weil das in dem fraglichen Fall die einzig zuständige Stelle ist. Verzichtet sie auf ihren Anspruch, dann mag von uns aus in Gottes Namen in der Spitze des Breslauer Regierungspräsidiums vorläufig alles so bleiben wie es ist.

Wir haben diese Feststellungen für notwendig gehalten, nachdem die sonderbar anmutenden Auslassungen des schlesischen Zentrumsblattes noch bevor sie gedruckt waren seltsamerweise durch Hugenberg's Telegraphen-Union verbreitet wurden und jetzt durch die deutschnationale Presse unter dem Titel "Zentrum gegen sozialistische Personalpolitik" die Runde machen.

SPD. Paris, 5. April (Eig. Drahtb.)

Die Sonnabend-Debatte des Senats über die Ratifizierung des Youngplanes verlief überaus ruhig und sachlich.

Die beiden Berichterstatter der Finanzkommission und der Auswärtigen Kommission, die Senatoren Dumont und Berenger, hatten ihre Ausführungen darauf eingestellt, dass der Youngplan keine gefährliche Neuerung, keine Revolution

arstelle, sondern nur die logische Konsequenz einer seit 10 Jahren durchgeführten Politik der endgültigen Kriegsliquidierung sei. Der Dawesplan, so erklärte Dumont, habe zwar Frankreich befriedigt und Deutschland finanziell keineswegs überlastet, doch sei er wegen seines provisorischen Charakters ein Friedenshindernis gewesen, denn er habe die Räumung des Rheinlandes unmöglich gemacht. Der Youngplan sei zwar nur durch den guten Willen und die Ehrlichkeit Deutschlands garantiert, doch habe die Solidarität der Völker solche Fortschritte gemacht, dass diese Garantien genügen könnten. Berenger betonte, es wäre einigermaßen beleidigend wenn man annehmen wollte, Deutschland könnte den Youngplan zerreißen. Das sei heute bei der Stärke des Völkerbundes, dem Deutschland als vollberechtigtes Mitglied angehöre, nicht mehr möglich. Der Youngplan, dessen Grundlagen die Schiedsgerichtsbarkeit und die internationale Solidarität seien, müsse von Frankreich ratifiziert werden, wenn Frankreich überhaupt seine seit einem Jahrzehnt geführte Politik nicht offen verleugnen wolle.

Vergeblich versuchten die Senatoren De Blais und Delahaye, mit dem Hinweis auf verschiedene technische Details zu beweisen, dass der Youngplan schwere Gefahren mit sich bringe. Ministerpräsident Tardieu wies die Opponenten mit der Bemerkung in ihre Schranken zurück, dass Frankreich die feierliche Verpflichtung Deutschlands in der Hand habe, und man diese Verpflichtung keineswegs leicht nehmen dürfe.

SPD. Die Rebellion der "linksopportunistischen Sektierer" (die mit dem abgehalfterten Gewerkschaftsleiter der KPD Merker in Opposition gegangene Gruppe) nötigt die kommunistische Parteizentrale zu aussergewöhnlichen organisatorischen Schritten. In Berlin wurde als der "Herd der Unruhen" der Unterbezirk Zentrum aufgelöst. Gegen den Willen der Funktionäre und der Mitglieder wurde der Leiter dieses Unterbezirks seines Amtes enthoben. Die sich mit ihm solidarischierenden Funktionäre wurden ebenfalls abgesetzt.

Wie der oppositionelle "Volkswille" berichtet, ist in Berlin der grösste Teil der neugeschaffenen Unterbezirke in offener Rebellion zum Zentralkomitee und zur Bezirksleitung der KPD. Die Bewegung ist auch auf Sachsen und auf das Rheinland übergesprungen. Merker selbst zieht überall Fraktionen zur Fortführung seiner Gewerkschafts"linie" auf.

SPD. München, 5. April (Eig. Drahtb.)

Die Untersuchung gegen nationalsozialistische Zellenbildung innerhalb der Reichswehr hat in München einige Vernehmungen notwendig gemacht, die Reichsgerichtsrat Braune persönlich durchführt. In den Räumen der Münchner Polizeidirektion wurden mehrere frühere Offiziere vernommen, die jetzt als Angestellte der Hitler-Partei die militärische Ausbildung der S.A.-Mannschaften und der Sturmabteilung unter sich haben, darunter auch den Obersten S.A.-Führer (Osaf), Hauptmann von Pfeffer.

Pfeffer schreibt dazu im "Völkischen Beobachter": "Ich bin davon überzeugt, dass heute schon grosse Teile der Reichswehroffiziere sowie der Unteroffiziere und Mannschaften nationalsozialistisch denken. Auch mögen zwischen diesen Gleichgesinnten kameradschaftliche Verbindungen und Zusammenhänge bestehen. Diese Entwicklung ist durchaus zwangsläufig. Wer sich in die Gedankenwelt des deutschen Soldaten hineinversetzt, der versteht das auch ohne Untersuchung der Kasinos und Kasernenstuben."

In diesem Zusammenhang teilt der "Völkische Beobachter" mit, dass der Generalstabsoffizier v. Falkenhausen, der bis vor kurzem Kommandeur der Infanterieschule war, in den letzten Tagen der nationalsozialistischen Partei als Mitglied beigetreten sei.

SPD. Paris, 5. April (Eig. Drahtb.)

Die Almazoff-Affäre ist nach dem vernichtenden Bericht dreier Sachverständiger vom Pasteur-Institut vollkommen zusammengebrochen. Der Angeschuldigte Schneider, der unter den schlimmsten Misshandlungen zu einem Geständnis seines angeblichen Mordes an Rigaudin gezwungen werden sollte, wird auf Antrag des Generalstaatsanwalts voraussichtlich zu Beginn der nächsten Woche ausser Verfolgung gesetzt werden. Der Leiter der Kriminalpolizei Benoist, der hartnäckig an der Schuld Almazoffs festhielt, ist bereits am Sonnabend seines Amtes enthoben und zum Leiter des Personalbüros in der Polizei-Präfektur ernannt worden. Der gerichtliche Sachverständige Amy, der in seinem Bericht den Angeschuldigten Schneider aufs schwerste belastet hatte, wird einen Aufsichtsrat aus mehreren Universitätsprofessoren zur Kontrolle seiner amtlichen Tätigkeit erhalten.

SPD. München, 5. April (Eig. Drahtb.)

Der Jubel, mit dem die Regierung Brüning von den Bürgerblockkreisen in Bayern begrüsst wurde, hat schnell einer Ernüchterung und Enttäuschung Platz gemacht. Diese Kreise hatten gehofft, dass es eine der ersten Sorgen des neuen Kabinetts sein würde, in ihrem Steuerprogramm die sogenannten bayerischen Belange zu berücksichtigen. Das Befremden ist vor allem wegen des Festhaltens an der 75prozentigen Biersteuer ausserordentlich gross. Das Partei- und Regierungsorgan, die Bayerische Volksparteikorrespondenz schreibt dazu:

"Schmerzlich muss es empfunden werden, dass auch dem neuen Reichskabinett die Rücksicht auf die bayerischen Verhältnisse ein nur höchst untergeordneter Gesichtspunkt seiner Politik zu sein scheint. Der Beschluss des Kabinetts, an dem alten Moldenhauerschen Finanzprogramm und vor allem der 75prozentigen Biersteuererhöhung festzuhalten, zwingt zu diesen Befürchtungen. Es bleibt jetzt nur noch die eine Hoffnung übrig, dass die Deutschnationalen bei ihrer Unterstützung des Agrarprogramms die gesamte deutsche Landwirtschaft und nicht nur die Interessen des Ostens im Auge haben, denn dann können sie doch unmöglich der Biersteuererhöhung in dieser Form ihre Zustimmung erteilen. Was das Gesamtprogramm der Regierung anlangt, so muss nach wie vor der leider zu berechtigte Zweifel aufrecht erhalten werden, ob es tatsächlich einen entscheidenden Anfang zur Sanierung der gesamten deutschen Finanzwirtschaft darstellt. Die Befürchtung ist weniger denn je von der Hand zu weisen, dass das gross angekündigte Werk zu einem Hilfsmittel zusammenschmilzt, mit dem man höchstens ein paar besonders quälende Ultimoschwierigkeiten abfinden kann. Was die Länderfinanzen anlangt, so ist von der rettenden Tat bis jetzt auf jeden Fall nichts zu sehen"

SPD. Weimar, 5. April (Eig. Drahtb.)

Das thüringische Ministergesetz vom 21. Januar 1930 sieht im § 15 vor, dass ein Minister, wenn er ohne eigenes Verschulden dienstunfähig wird und aus dem Amte ausscheiden muss, 40 Prozent der letzten Amtsbezüge erhält. Ferner sieht das Gesetz vor, dass mit der Genehmigung des Haushaltsausschusses der Präsident des Landtages besondere Vereinbarungen mit den einzelnen Ministern treffen kann. Von dieser Bestimmung hat Frick jetzt Gebrauch gemacht, weil ihm der § 15 nicht weit genug geht. Die hinter der Regierung stehenden Parteien sind ihm gefolgt und haben am Sonnabend zugestimmt, dass der Landtagspräsident mit Frick folgende Sonderregelung trifft:

"Falls Herr Dr. Frick während seiner Amtszeit als Minister in Thüringen infolge Krankheit dienstunfähig wird, erhält er, auch wenn die Voraussetzungen des § 15 nicht vorliegen, ein Ruhegehalt in der Höhe des § 15 und es erhalten die Hinterbliebenen in diesem Falle nach seinem Tode Versorgungsbezüge in entsprechender Anwendung des Staatsbeamten- und des Staatsbeamten-

hinterbliebenengesetzes. Letzteres gilt auch, wenn Herr Dr. Frick, ohne dass die Voraussetzung des § 15 vorliegt, während seiner Amtszeit als Minister stirbt."

Kaum 2 Monate im Amt - und schon hat Herr Frick für sich gesorgt. Wie verträgt sich diese Methode mit den nationalsozialistischen Agitationsphrasen, nach denen parlamentarische Minister keine Pensionen beziehen sollen und nationalsozialistische Minister niemals Pensionen beziehen würden? Der neueste "Fall Frick" zeigt das Gegenteil und damit wieder die ganze Heuchelei der nationalsozialistischen Agitation. Nur weiter so.

SPD. Paris, 5. April (Eig. Drahtb.)

Die "Republique", das Parteiorgan des radikalen Abgeordneten Daladier, veröffentlicht am Sonnabend eine scharfe Anklage gegen die faschistische Gewaltpolitik in Südtirol.

Wenn es schon ein Unding sei, so erklärt das Blatt, dass das faschistische Italien die Brenner-Grenze als seine natürliche Grenze beanspruche, wo in Wahrheit die Dolomitenkette die Sprachen- und Rassengrenze bilde, so sei es ein wahres Verbrechen, zu sehen, mit welchen Härten das faschistische Italien die 200 000 Deutschen in Südtirol unterdrücke, ihre heiligsten Rechte missachte und sie bis in die letzten Winkel ihrer Menschwürde erniedrige. Leider, so fährt das Blatt fort, finden die deutschen Südtiroler bei einem gewissen Teil ihrer Stammesgenossen in Deutschland und Österreich nicht die nötige Unterstützung. Der Stahlhelm in München und die Heimwehren in Wien fühlten viel stärkere politische Zuneigung zum Faschismus als Rassensympathie zu den Tirolern. Sie seien augenscheinlich nicht abgeneigt, einen Pakt abzuschliessen, um dem Faschismus den Brenner zu garantieren, wenn dieser seinen Widerstand gegen den Anschluss Österreichs an Deutschland aufgebe. Die Südtiroler würden die Kosten tragen. Das wäre natürlich ein glatter Verrat, ein Verrat gerade jener Kreise, die sich immer als die leidigen Patrioten aufspielten. Doch der Nationalismus sei meist nur eine Karikatur des Patriotismus.

Frankreich, so schliesst die Republique, habe alles Interesse, den Konflikt in Südtirol wachzuhalten; denn so verhindere es am besten das "Bündnis der Gewalt zwischen Reich und Alpen", das die Gefahr von morgen sei.

SPD. Brüssel, 5. April (Eig. Drahtb.)

Aus Belgisch-Kongo wird gemeldet: Der Gerichtshof von Brassaville im Kongogebiet hat den Neger André Benard am Mittwoch wegen Gaunerei zu 3 Jahren Haft verurteilt. Nach der Gerichtssitzung demonstrierten 1000 Neger in Brassaville vor dem Gerichtsgebäude. Truppen, die herbeigerufen wurden um die Ordnung wieder herzustellen, sollen mit Steinen beworfen worden sein, sodass zahlreiche Soldaten verwundet wurden. Die Truppen besetzten daraufhin die Negerstadtviertel.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: "Am Sonnabend vormittag ist durch Beamte der Politischen Polizei der bekannte Schriftsteller und Inhaber des sogenannten Antikriegsmuseums in der Parochialstrasse, Ernst Friedrich, festgenommen worden."

Friedrich steht, wie wir erfahren, im Verdacht hochverräterischer Umtriebe. Er soll in seiner Druckerei Schriften, die zur Verbreitung in Reichswehrkasernen bestimmt waren, fertiggestellt haben.

SPD. New Dehli, 5. April (Eig. Drahtb.)

Der indische Freiheitsführer Gandhi ist am Sonnabend mit der kleinen Schar seiner Anhänger am Ziele seines Marsches von 300 Kilometern, in Dandi, an der Küste von Bombay angelangt. Gandhis Kreuzzug ist dadurch in sein kritischstes Stadium eingetreten. Am Sonntag früh um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr wird Gandhi, wenn alles programmässig verläuft, mit dem "bürgerlichen Widerstand" gegen Grossbritannien beginnen. Seine Absicht geht dahin, in den Marschen der Küste Salz zu erzeugen und mit diesem Symbolischen Akt das allgemeine Signal zum Beginn der Gehorsamsverweigerung in ganz Indien zu geben. Zur gleichen Stunde wie Gandhi werden seine Anhänger an anderen Teilen der Küste mit der Salzerzeugung beginnen. Dieses Salz soll mittels Eseln ins Hinterland gebracht und an die Dorfbewohner verkauft werden. In allen Teilen Indiens sind von den Anhängern Gandhis weitgehendste Vorbereitungen zu Streik- und Boykottbewegungen gegen die britische Herrschaft begonnen worden. Die streikenden Eisenbahnarbeiter Bombays haben beschlossen, jeden Zugverkehr unmöglich zu machen, indem sie sich gruppenweise vor die herannahenden Lokomotiven auf die Schienen werfen.

In Kalkutta wurde von einer Riesenversammlung nach einer Rede des aus dem Gefängnis entlassenen nationalistischen Oberbürgermeisters von Kalkutta Gupka eine Resolution gefasst, in der sämtliche Arbeiter zum Generalstreik aufgerufen werden. Die britische Regierung hat bisher eine passive Rolle gespielt, vermutlich um Gandhi nicht zum Märtyrer zu machen. Ganz Indien fragt sich am Vorabend des Beginns des bürgerlichen Ungehorsams, mit welchen Mitteln die Behörde den Bruch der Gesetze durch Gandhi zu beantworten gedenken.

SPD. Am Sonnabend wurde der Fernsprechverkehr Berlin-Moskau offiziell eröffnet. Die deutsch-russischen Vereinbarungen darüber besagen, dass der Verkehr uneingeschränkt vor sich gehen soll, d.h. für alle amtlichen und gleichzeitig privaten Gespräche.

Wie viele andere Verträge, so stehen auch die deutsch-russischen Abmachungen über den Telephonverkehr für Russland zunächst nur wieder auf dem Papier; denn die russische Postbehörde stellt nur Verbindungen für Behörden und Ämter her. Pressegespräche in das Ausland lässt sie nicht führen, weil Presseberichte einer bolschewistischen Vorzensur unterliegen.

Wir fragen: Was gedenken die deutschen Behörden zu tun, damit die deutsch-russischen Vereinbarungen über den Telephonverkehr auch von Russland restlos durchgeführt werden, oder will man sich auch in diesem Fall von den Bolschewisten auf der Nase herumtanzen lassen ?

SPD. Hamburg, 5. April (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend entzündete sich in Hamburg an der Ofenheizung einer Wohnung, die erst kürzlich bezogen worden war, Gas, das einer undichten Leitung entströmte. Die Explosion war so stark, dass sämtliche Fensterscheiben des Hauses sprangen und das Haus bis in das dritte Stockwerk riss. Personen kamen nicht zu Schaden.

SPD. Herr Brüning beginnt wieder mit dem Artikel 48 zu drohen. Die Drohung ist ein Zeichen der Schwäche. Die Erledigung der Finanzgesetze ist unter seiner Regierung problematischer denn je zuvor. Wo ist die Mehrheit? Die Mehrheit ist nicht vorhanden, und der Minderheitsblock schmilzt immer mehr zusammen. Herr Brüning hat durch das Arbeitslosenkompromiss die Mitarbeit der So-

zialdemokratie verscherzt. Er hat zwar die Hugenbergstimmen zur Ablehnung des Misstrauensantrages erhalten - aber er erhielt sie nicht für sein Finanzprogramm. Die Wirtschaftspartei? Die kommt mit neuen Spezialwünschen. Die Bayerische Volkspartei? Sie ist in offener Rebellion gegen die Biersteuer. Alles schwankt, alles ist unsicher.

Herr Brüning ist Reichskanzler, das ist bisher der Effekt des politischen Manövers - aber schließlich ging es doch nach der Verordnung des Zentrums vor allem um die finanzielle Sanierung der Reichskasse und um die Deckung des Etats

Es ist ein Fehler, dass es im deutschen Parlament nicht üblich ist, mit sachlichen Vorlagen die Vertrauensfrage zu verbinden. Herr Brüning hat es nicht gewagt, die allgemeine Vertrauensfrage zu stellen - er wird sich hüten, die Vertrauensfrage in Verbindung mit den Finanzgesetzen zu stellen. Er regiert, obwohl er kein positives Vertrauensvotum hat, und obwohl er immer stärker in die Minderheit gerät. Eben darum die Drohung mit dem Artikel 48!

Die Regierung Brüning hat die Mehrheitsbildung für das Finanzprogramm erschwert, sie steht einer Mehrheitsbildung heute im Wege - das ist ihre Funktion, und es wäre besser, sie würde abtreten, als mit dem Artikel 48 zu spielen!

SPD. Budapest, 5. April (Eig. Drahtb.)

Eine von der Budapester Sozialdemokratie einberufene Versammlung, die sich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen sollte, wurde von dem Oberstadthauptmann verboten. In der Begründung des Verbots heisst es u.a., dass die Versammlung die Arbeitslosenfrage doch nicht lösen könne.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der Schulputsch von Berlin.

Schnellphotos vom kommunistischen Kriegsschauplatz.

SPD. Die Kommunisten haben in Berlin-Neukölln einen "Schulstreik" inszeniert. Am Sonnabend "streikten" in der Schule Lessingstrasse 25 % aller Schüler, in der 31. Gemeindeschule in der Rütlistrasse 32 %, in der 32. Schule derselben Strasse 50 %. Die erste Klasse der 32. Gemeindeschule, in der die "Bewegung" begann, hat die sogenannte Kampfleitung. Vor den Schulen patrouillieren Polizeiposten. Hier und da kam es zu leichten Zusammenstößen.

"Schulstreik in Neukölln! Protest gegen die mörderischen Strafmassnahmen des Magistrats!" So oder ähnlich tobt Berlins Kommunistenpresse in gut geheizter Extase. Aber was ist das Ganze? Ein Gaudium für die Uebelwollenden, und hinterhältige Absicht, den Vertretern des Schulfortschritts kommunistische Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Prompt wurde vom Karl-Liebkecht-Haus alles organisiert: Jung Spartakus hat sogar ein Streiklokal, eine entsprechend linientreu eingerichtete kommunistische Kneipe. Dort geht es unerhört betriebsam zu; jeder Fremde, besonders jeder erwachsene Fremde, wird von misstrauischen Blicken durchröntgt, als ob es gelte, die Geheimnisse eines grossen Hauptquartiers gegen Spionenaugen zu wahren. Flugblätter werden ausgegeben, Transparente angefertigt - es ist der Ausbruch der Weltrevolutionen miniature, Karrikatur jeder wahrhaft revolutionären Bewegung. Die 13-14-jährigen, die hier Streikleitung markieren, was ihnen wahrscheinlich ein grosses Gaudium, sicher aber keinerlei Ueberzeugung ist, sind die Requisiten eines höchst nichtsnutzigen Systems, das die Unternehmungslust einer harmlosen Jugend für sinnlose Parteimätzchen missbraucht.

Ein Herr, der den Kinetyp eines Revolutionsmephisto darstellen könnte, schießt im grotesken Tanz eines übersteigerten Selbstbewusstseins und lächerlicher Eitelkeit förmlich in das Streiklokal hinein, greift sich einen Jungspartakisten aus der "Leitung" und redet mit wilden Gesten auf ihn ein. Der Junge steht mit ganz verdutztem Gesicht da, begreift wenig oder garnichts von dem rednerischen Sturzbach, der auf ihn niederprasselt, rafft sich dann zu einem mehrfachen schüchternen "Ja, ja" auf, drückt dem Mephisto die Hand und verschwindet mit hörbarem Aufatmen im Gewühl der Gottseidankintellektfreieren Strasse.

Indessen hat man im Streiklokal auch Sinn für Humor. Zwei etwa Elfjährige unterhalten sich über die Kriegslage. Freilich verläuft diese Diskussion mehr im berlinischen, als in dem von Moskau gewünschten Fahrwasser. "Du, Emil", sagt der eine, ein frischer Bengel mit Stupsnase und rotblondem Schopf, "weissst Du, wen ick vorhin jesehen hab'? Den Schippel, die olle Meckereile! Als er mich sah, is er stehen jeblieben und hat mir ganz laut und deutlich zugerufen: Karl,

Karl!, hat er gerufen - da bin ick doch jeloofen, wat ick konnte."

Der andere macht ein etwas beleidigtes, etwas empörtes Gesicht. "Na wat denn, Emil, soll ick mir denn mit die pampige Eule in 'ne nähere Unterhaltung inlassen, wa...?!" - worauf Emil den Karl eine "feige Töhle" nennt, was Emil wiederum mit einem gleich derben Kosewort quittiert.

+

Die kommunistischen Hetzer, hinter denen angeblich die Sympathie der gesamten Elternschaft steht, arbeiten mit einem geradezu niederträchtigen Terror. "Was soll man schon machen?", sagt eine ältere Frau und sieht sich scheu um, "ick lasse meine Jähren zu Hause. Wat hat man davon, wenn man Menkenke macht? - nachher schmeissen sie einem die Fensterscheiben in. Wat mein Mann is, wissense wat der jesagt hat? Lass die Kinder zu Hause, Olle, hat er jesagt. Meinste, ick will nachher die Abreibung vom RFB beziehen?!"

Das ist die kommunistische "Revolutionierungsarbeit"! Mit dem Frügel gegen die eigenen Klassengenossen!

+

Die Kampfparolen des "spontanen" Streiks der Elternschaft liefert prompt, billig und verlogen das kommunistische Parteisekretariat. "Nieder mit Nydahl, dem Aushungerer der Proletenkinder!" Oder "Arbeiterkinder! wer hat Euch verraten? Die Sozialdemokraten!" - in diesem blumigen Stil sind die Plakate gehalten, die man den ahnungslosen Neun- bis Zehnjährigen um den Hals hängt.

Seitdem allerdings die Polizei gegen den Unfug einschreitet, probt man ein neues System aus: das Tragen zweiseitig beschrifteter Plakate, die auf der einen Seite mit einem ganz harmlosen und auf der anderen mit einem politisch hetzenden Text bemalt sind. Ist Gefahr im Anzuge, so wird mit bolschewistischer Umfallfreudigkeit und =wendigkeit das Plakat=Blättchen gewendet.

+

Zwei Knirpse stehen am Weg und beobachten neugierig eine Schupopatrouille

"Du, ob die schiessen werden?"

"Das glaub ich nicht."

"Vielleicht verhauen sie uns nur."

"Das glaub ich auch nicht."

"Warum denn nicht?"

"Die haben ja Schiss vor uns - - - "!

+

Nach bewährten Schmiermethoden arbeiten die Kommunisten auch im "Schulstreik" mit Oelfarbe. Je knalliger, desto besser....

Nur mit der Orthographie hapert es etwas. "Auf zum Chulstreik!" liest sich zwar ganz originell, aber nicht gerade sehr imponierend, nicht gerade sehr revolutionär. Und unter der aufmunternden Propaganda-oelfarbe grinst auch schon die Fratze einer neuen Sowjetpleite.

+

+

+

Nicht verunglückt - nur schreibfaul! Das seit zehn Tagen vermisste Berliner Ehepaar Kappeltz, von dem befürchtet wurde, dass seine Hochzeitsreise bei Schaffhausen mit einem Autosturz in den Rhein einen traurigen und dramatischen Abschluss gefunden hätte, ist am Sonnabend quietschvergnügt in Berlin aufgetaucht. Das junge Paar war von Schaffhausen aus über Ulm und Nürnberg nach Bayreuth gefahren, gab aber angesichts eines verlockenden Wegweisers nach Eger den ursprünglichen Plan der direkten Rückreise nach Berlin auf und machte einen grossen Umweg über Karlsbad und das Riesengebirge. Im Riesengebirge ist das Auto unterwegs eingeschneit und steckengeblieben, wodurch sich die Rückkehr um weitere zwei Tage verzögerte. "Im übrigen", erklärt der junge Ehemann bei seiner Ankunft in Berlin den ihn bestürmenden Reportern, "muss ich gestehen, dass wir so mit uns selbst beschäftigt waren, dass wir nicht daran dachten, Karten oder Briefe nach Haus zu schicken. Als wir unterwegs erfuhren, dass wir sogar schon polizeilich gesucht wurden, bekamen wir einen schönen Schreck."

Ist Koch Doppelmörder? Es wird damit gerechnet, dass der Deutsche Konrad Koch, der vor 14 Tagen einen Pariser Waffenhändler erschossen hat, woraufhin er verhaftet wurde, auch seine Geliebte, die Tochter eines Strassburger Kaufmannes Sabatier ermordet hat, mit der er zusammen nach Paris gefahren war, und die seit längerer Zeit vermisst wird. Koch ist der Sohn eines Apothekers aus Höxter in Westfalen und hat die Berliner Technische Hochschule absolviert. Die Anklage gegen ihn, die bereits in den nächsten Tagen vor dem Pariser Schwurgericht zur Verhandlung kommen wird, lautet auf Doppelmord.

+ + +

Zwölfjährige als Kindesmörderin. Von der Polizei in Saarbrücken wurde ein 12jähriges Mädchen festgenommen, das geständig ist, ein Kind ermordet, vier andere aus ihren Elternhäusern entführt und schwer misshandelt zu haben. Mit der Festnahme dieser jugendlichsten aller Kindesmörderinnen, die inzwischen in einer Fürsorgeanstalt untergebracht worden ist, wird eine Verbrechenreihe aufgeklärt, die in der Kriminalgeschichte einzig dastehen dürfte.

Am 31. März haben Fussgänger in der Nähe des alten Kirchhofes von Saarbrücken die Leiche eines 3½ Jahre alten Mädchens gefunden, das nach vorangegangenen schweren Misshandlungen durch äussere Gewaltanwendung erstickt worden sein dürfte. Die durch diesen entsetzlichen Mordfall in Saarbrücken hervorgerufene Aufregung steigerte sich in den folgenden Tagen ins panikartige, als nacheinander vier kleine Kinder, die sich inzwischen wieder eingefunden haben, von ihren Eltern als vermisst gemeldet wurden. Eins der kleinen Mädchen - es war vier Jahre alt - wurde in vollständig verstörtem Zustand herumirrend, von Bauarbeitern aufgegriffen. Am Hals sah man Würgemale, unter den Augen blutunterlaufene Stellen. Ein anderes der Kinder erzählte entsetzt, wie es von einer "Frau" mitgenommen worden, irgendwo zu Boden geschleudert, gekratzt und gewürgt worden wäre. Entsprechende Berichte gaben auch, voneinander unabhängig, die beiden anderen Opfer der jugendlichen, offenbar sexualwahnsinnigen Würgers.

+ + +

Moabiter Ausbrecher gefasst! Am Sonnabend wurde in einer Kellerwohnung in Berlin SO. der vor einer Woche aus dem Zellengefängnis Berlin-Moabit ausgebrochene Schwerverbrecher Eugen Schröder gefasst. Er war gerade damit beschäftigt sich umzukleiden. Widerstand leistete er nicht. Durch seine Festnahme hofft man nunmehr auch den Aufenthalt seines Kletterkomplizen Kurt Goldbach ermitteln zu können.

+ + +

Verhaftung wegen Betrugsverdachts. Unter dem Verdacht, die Reichsschuldenverwaltung um eine einem Dresdener Kaufmann zustehende Restforderung von 40 000 Mark betrogen zu haben, wurden von der Berliner Polizei der Rechtsanwalt und Notar Dr. Walter Haver aus Berlin und ein Kaufmann Peine festgenommen. Im Namen des Dresdener Kaufmannes hatten die beiden Betrüger das Geld in sieben Einschreibebriefen nach Hamburg überweisen lassen, wo es Haver, wiederum im Namen des Dresdners, der sein Klient war, in Empfang nahm. Haver, der eine ziemlich grosse Praxis betreibt und sich auf Forderungen an die Reichsschuldenverwaltung spezialisiert hat, wird auch von anderen Klienten beschuldigt, dass er ihnen die Summen, die ihnen zugestanden hätten, garnicht oder erst nach monatelanger Verzögerung ausgehändigt habe. Die Rolle, die Kaufmann Peine spielte, ist noch nicht ganz klar.

+ + +

Eine "feurige" Ratte. Im ältesten Teil der Königlichen Porzellanfabrik in Kopenhagen brach ein Feuer aus, dem die ganze Fayencefabrik zum Opfer fiel; der Schaden beträgt etwa 150 000 Kronen. Die Ursache der Katastrophe ist vermutlich ein durch eine Ratte verursachter Kurzschluss.

+ + +

Bankkrach. Die Breslauer Bank G.m.b.H. schloss am Sonnabend ihre Thätigkeit nachdem sich, offenbar infolge zu hoher Kreditgewährung durch die Direktion, ein Fehlbetrag von 750 000 Mark herausgestellt hat. Die geschädigten Mitglieder der Genossenschaftsbank sind Handwerker, Kaufleute und Beamte.

Dreissig Jahre "Het Volk". In diesen Tagen sind 30 Jahre verflossen, seitdem das Zentralorgan der niederländischen Sozialdemokratie in Amsterdam gegründet wurde. Aus kleinsten Anfängen heraus hat es sich zu einem führenden Blatt der niederländischen Hauptstadt entwickelt. Träger grosser Namen sassen in seiner Redaktion. Seit langen Jahren leitet Chefredakteur Ankorsmit die Zeitung.

Meussdörfer frei. Der Haftbefehl gegen den in Zusammenhang mit der Mordtat an seiner Frau festgenommenen Kommerzienrat Heinrich Meussdörfer aus Kulmbach ist aufgehoben worden. Die geleistete Sicherheit wird zurückgezahlt.

Vereitelter Banditenausbruch. Der New Yorker Bandit Parello wurde bei einem Ausbruchsversuch aus Sing Sing in dem Augenblick durch Maschinengewehrschüsse getötet, als er bereits die Aussenmauer erklettert hatte. Die Leiche fiel in den Hudson-River.

Nahrungsnot - vierfacher Tod. In der Bedrängnis der Nahrungsorgen vergiftete in ihrer Regensburger Wohnung die 30 Jahre alte ledige und stellungslose Anna Schmalzl sich und ihre drei Kinder im Alter von ein bis fünf Jahren.

Mit 500 PS! Die Firma Siemens hat unter der Bezeichnung SH 20 einen luftgekühlten Flugmotor von 500 PS herausgebracht, der nach einem inoffiziellen Probelauf von rund 80 Stunden seine Musterprüfung vor der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt mit einem weiteren 50stündigen Dauerlauf erfolgreich ablegte. SH 20 wird nunmehr in das Heinkel-Flugzeug Typ HD 41 eingebaut und soll dann 150 Stunden laufen. Es handelt sich um einen Neun-Zylinder-Motor von 500/580 PS, der nur 400 Kilogramm wiegt und in der Stunde 212 Gramm Brennstoff pro PS verbraucht.

Mörder-Maschine. Beim Abmontieren von Maschinen, die anlässlich der Leipziger-Messe im Leipziger Buchgewerbehaus ausgestellt waren, schlug die Seitenwand einer Tiefdruckmaschine um, die unter ihrem Vierzig-Zentnengewicht einen 24 Jahre alten Schlosser und einen 28 Jahre alten Obermonteur begrub. Beide Arbeiter verschieden.

Ein glückhaftes Schiff. Auf der Reise von Amerika nach Griechenland befindet sich augenblicklich das italienische Motorschiff "Saturnia" mit der seltsamen Fracht von 1160 in Amerika ansässigen griechischen Junggesellen, die sich bereits mit Rückfahrkarten in der Tasche, in ihrer alten Heimat innerhalb 14 Tagen ihre Frauen suchen und heiraten wollen. Gespannt warten in Athen die Vorstandsdamen der griechischen Frauen- und Jungfrauenvereine, Photoulben und Autobiographien ihrer Interessentinnen schuss- und abschlussfertig in der Vermittlerhand halten.

Preussischer Landtag.

SPD, Berlin, 5. April (Eig.Drahtb.)

Der Preussische Landtag führte am Sonnabend mit der Beratung des Abschnittes Kunst die zweite Lesung des Etats des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu Ende.

Auf Antrag des Abg. König-Potsdam (Soz.) beschliesst das Haus, die nicht angefochtenen Titel des Etats in der Einzelberatung im ganzen anzunehmen. Nach der Aussprache über die angefochtenen Titel vertagt sich der Landtag auf den 6. Mai.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Die Bergarbeiter in Madrid.

SPD. Madrid, Anfang April (Eig. Ber.)

Das Internationale Komitee der freigewerkschaftlichen Bergarbeiter hat dieser Tage in Madrid eine Konferenz abgehalten. Das Arbeitspensum der Tagung bestand neben der Besprechung wichtiger organisatorischer Fragen und der Vorbereitung des internationalen Bergarbeiterkongresses, der im Mai in Krakau stattfindet, vor allem in der Stellungnahme zu dem bisherigen Ergebnis der Genfer Arbeit zur Behebung der internationalen Kohlenkrise. Deutschland war vertreten durch Husemann, Limbertz und Berger, England durch Richardsen und Cook, Frankreich durch Quintin und Panissal, Belgien durch De jardin, Lombard und Delattre, Polen durch Stanczyk und Spanien durch Llamza und Pena.

Vor der Erörterung der organisatorischen Fragen beschäftigte sich die Konferenz in einer gründlichen Aussprache mit der Steinlungenkrankheit der Bergarbeiter. Sie fasste dazu den Beschluss, gemeinsam mit der Internationale der Steinarbeiter und der Fabrikarbeiter beim Internationalen Arbeitsamt und den einzelnen Regierungen Schritte zu unternehmen, damit dieses Leiden unter allen Umständen als Berufskrankheit der Bergarbeiter anerkannt wird.

Zur Klärung der Beziehungen der Bergarbeiterinternationale mit dem norwegischen Bergarbeiterverband wurde beschlossen, durch Vermittlung der norwegischen Gewerkschaftszentrale auf den Verband einzuwirken, damit dessen Stellung gegenüber Amsterdam und Moskau endlich eindeutig wird. Der norwegische Bergarbeiterverband unterhält bis jetzt noch immer Beziehungen zu Moskau, ob schon seine kommunistenfreundliche Mehrheit ständig zurückgeht und er der norwegischen Gewerkschaftszentrale angehört, die endgültig für Amsterdam Partei ergriffen hat.

Die Vertretung Spaniens auf dem Kongress berichtete über die gemeinsamen Bemühungen des spanischen und des französischen Bergarbeiterverbandes zur Hebung der Lage der Grubenarbeiter in Marokko. Die marokkanischen Bergarbeiter arbeiten unter ausserordentlich schlechten Bedingungen und ihre Löhne drücken auf die der Bergarbeiter der übrigen Länder. Es sollen nunmehr ernsthaft Anstrengungen gemacht werden, um die marokkanischen Grubenarbeiter organisatorisch zu erfassen.

Der Kernpunkt der Madrider Beratungen, das internationale Kohlenproblem, wurde auf der Tagung eingehend behandelt. Das Ergebnis der Besprechung fand seinen Niederschlag in folgender einstimmig angenommener Entschliessung:

"Angesichts der chaotischen Zustände der europäischen Kohlenindustrie und des Kohlenmarktes sowie angesichts der ohne jede internationale Regelung und ohne Rücksicht auf die Interessen und die Sicherheit der Arbeiter sich vollziehenden Rationalisierung - ein Zustand, der zu Kämpfen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern führt und die Gefahr internationaler Konflikte heraufbeschwört - dankt das internationale Komitee dem Völkerbund für seine Er-
queten und dem Internationalen Arbeitsamt für seine Aktion und insbesondere für die Einberufung der im Januar 1930 stattgefundenen Kohlenkonferenz und beschliesst wie folgt: Die Bergarbeiterinternationale nimmt Kenntnis davon, dass der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes die Frage der Arbeitsbedingungen in den Bergwerken auf die Tagesordnung seiner Konferenz vom Juni

d. J. gesetzt hat. Sie spricht die Hoffnungen aus, dass die Delegierten der Regierungen den Forderungen der organisierten Bergarbeiter insbesondere in Bezug auf die Arbeitszeit Rechnung tragen und dass die Konferenz über diesen Punkt ein genau abgefasstes und endgültiges Abkommen treffen wird. Sie stellt fest, dass die Frage einer internationalen Verständigung der kohlen erzeugenden Länder seit den verschiedenen Beratungen, die darüber unter der Leitung des Völkerbundes 1929 stattgefunden haben, keine Fortschritte gemacht hat. Die Kohlenfrage hat indessen trotz der leichten Besserung, die 1929 in einzelnen Ländern festgestellt werden konnte, nichts von ihrem Ernst verloren - im Gegenteil deuten die Anzeichen daraufhin, dass die Krise keineswegs überwunden ist, sondern sich in Zukunft sogar noch verschärfen wird.

Die Bergarbeiterinternationale lenkt daher die ernste Aufmerksamkeit des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes sowie des Internationalen Arbeitsamtes auf diese Tatsachen und fordert eindringlich, dass die vorgesehene Konferenz der Kohlenländer unter Beteiligung der Bergarbeiter so schnell wie möglich einberufen werde und dass sie zur Annahme des in Aussicht genommenen internationalen Abkommens führe."

SPD. Die Arbeits- und Interessengemeinschaft Deutscher Feuerwehroorgane veranstaltet vom 27. April bis zum 4. Mai eine Feuerschutzwoche. Von der Mitarbeit in der Gemeinschaft ist die Gewerkschaft des Personals der Berufsfeuerwehren, der Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, merkwürdigerweise ausgeschlossen worden, obwohl er seinen Beitritt bereits im Februar 1929 angemeldet hat. Diese Ablehnung ist auf die Einstellung der Führer freiwilliger Feuerwehren und industrieller Berufsfeuerwehren zurückzuführen. -

Die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder freiwilliger Feuerwehren haben hier auch ein Wort mitzusprechen. Wollen sie dulden, dass die Gewerkschaft des berufsmässig tätigen Feuerwehrpersonals von der Mitarbeit in der Organisation deutscher Feuerwehroorgane ausgeschlossen ist? Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat der Arbeits- und Interessengemeinschaft mitgeteilt, dass er bei ihrer Haltung für die Veranstaltung der Feuerschutzwoche keine Propaganda treiben kann. Auch von dem gewerkschaftlich organisierten Personal der Berufsfeuerwehren kann niemand erwarten, dass es freiwillig eine Veranstaltung unterstützt, an der die Gewerkschaft nicht beteiligt ist. -

Die Leitung der freiwilligen Feuerwehren liegt in vielen Orten in den Händen reaktionär eingestellter Persönlichkeiten, die wohl für Hurrapatritismus und nationalistische Veranstaltungen, aber nicht für die Arbeiterbewegung Verständnis haben. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind nur gut genug, in der Feuerwehr ihren Mann zu stellen. Der Dank für ihre Arbeit besteht darin, dass man ihren Gewerkschaften die Aufnahme in die Arbeits- und Interessengemeinschaft verweigert. Sie dürfen nur mitretten, aber nicht mitreden.

SPD. Die Streitigkeiten in der schlesischen Textilindustrie, die im Anschluss an die Verbindlichkeitserklärung des letzten Schiedsspruchs entstanden waren, sind nunmehr nach dem Eingreifen des vom Reichsarbeitsminister Wissell ernannten Schlichters Dr. Völcker beigelegt worden. Der Hauptherd der Differenzen war die grosse Firma Dierich A.G. in Langenbielau. Die Streitigkeiten hatten bereits zu einer Reihe von Klagen geführt, die zum Teil noch unerledigt in den Berufungs- bzw. Revisionsinstanzen anhängig waren. Dem Schlichter ist es gelungen, in den strittigen Fragen, die sich zum Nachteil

der Arbeiterschaft auswirkten, eine Einigung der Parteien herbeizuführen.

Für die badische Textilindustrie ist eine Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches, der die Lohnabbauabsichten der Arbeitgeber zu nichte gemacht hat, trotzdem aber von den Arbeitnehmern nicht angenommen wurde, da er ihren Forderungen auf Lohnerhöhung nicht entsprach, bis jetzt noch nicht erfolgt. Der Schiedsspruch sieht eine Weitergeltung des bisherigen Lohn tariffs bis zum März 1931 vor.

SPD. Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats beschäftigte sich am Sonnabend mit der durch den Regierungswechsel in der Frage des Beamtensyndikatsgesetzes geschaffenen politischen Lage. Reichstagsabgeordneter Falkenberg erstattete das einleitende Referat. In der Aussprache schilderte Reichstagsabgeordneter Bender die Schwierigkeiten bei der Beratung dieses Gesetzes im 14. Ausschuss - er nimmt am Mittwoch wieder seine Tätigkeit auf - die durch das Übergewicht der gehobenen und höheren Beamten entstanden sind. Über das Betriebsrätegesetz sei leichter eine Einigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern erzielt worden als in der Frage der Beamtensyndikats, wo die höhere Bürokratie um die Aufrechterhaltung ihrer autokratischen Stellung kämpft.

Der Bundesausschuss nahm eine Entschliessung an, in der die Beamtensyndikatsvertretungen als ein Mittel zur Verwirklichung der Demokratie in der Verwaltung und in den öffentlichen Betrieben bezeichnet werden. Deshalb müssten die Beamtensyndikatsvertretungen auf dem Gebiete ihrer Aufgaben ein weitgehendes Recht der gleichberechtigten Mitwirkung erhalten, dessen Wahrnehmung durch die im Streitfall zu treffende Entscheidung unparteiischer Schiedsstellen (Einspruchskammern) gesichert sein müsse. Diese unerlässlichen Voraussetzungen für eine wirklich erspriessliche Tätigkeit von Beamtensyndikatsvertretungen lasse der Regierungsentwurf vermissen; nach seinen Vorschriften würden unter dem blossen Schein eines Mitwirkungsrechts lediglich Gebilde geschaffen, die ohne positive Betätigungsmöglichkeit weder im Interesse der Beamtenschaft noch zum Nutzen der Verwaltung wirksam werden könnten. Der Bundesausschuss erwarte daher vom Reichstag und den politischen Parteien, dass sie in der Beratung des Gesetzes diesem eine Gestalt geben, die den vom Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikat aufgestellten Forderungen entspreche und vermeidet, dass eine Rechtsverschlechterung für die bereits mit Vertretungskörperschaften ausgestatteten Teile der Beamtenschaft (z.B. Reichsbahn, Reichspost u.a.m.) eintritt.

Die Angriffe, die der Deutsche Beamtensyndikat gegen die freigewerkschaftliche Organisation und ihre Bemühungen um ein brauchbares Beamtensyndikatsgesetz richtete, werden in der Entschliessung vom Bundesausschuss als haltlose Verleumdungen zurückgewiesen.

In den Verhandlungen des Bundesausschusses spielte auch das Vorgehen der thüringischen Rechtsregierung unter Führung des Nationalsozialisten Frick eine erhebliche Rolle. Es wurde dazu folgende Entschliessung angenommen: "Der am 4. und 5. April 1930 in Berlin tagende Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Beamtensyndikats wendet sich unter Hinweis auf das Vorgehen der Thüringischen Regierung gegen die Versuche, die Sanierung der öffentlichen Finanzen durch einen Schulabbau, besonders bei Volks-, Berufs- und Volkshochschulen, durchzuführen. Der Allgemeine Deutsche Beamtensyndikat wird wie bisher, so auch in Zukunft alle Abwehrmassnahmen der Allgemeinen Freien Lehrgewerkschaft Deutschlands in geeigneter Form unterstützen."



Das Mysterium der Getreidepreise.

Politik macht Preise.

SPD. Die Berliner Produktenbörse hat in der verflossenen Woche die ungewohnte Erregung einer regelrechten Hausse durchlebt. Die Preise schossen an bestimmten Tagen geradezu in die Höhe. Von vornherein möchten wir bemerken: Die Krise, die an der Getreidepreishausse in der verflossenen Woche profitiert haben, sind nicht in erster Linie in der Landwirtschaft zu suchen. Das zögernde und knappe Angebot aus erster Hand, z.T. sicherlich spekulativ und willkürlich, lässt auch vermuten, dass die Vorräte in Wirklichkeit nicht ganz den phantastischen Vorstellungen, die sich die Öffentlichkeit gewöhnlich von ihnen macht, entsprechen und die Landwirtschaft die künstlich hochgehaltenen Roggenpreise der Vorwoche benutzt hat, um ihren Roggen an die staatlichen Stützungsstellen abzugeben, die ihn auf Lager nehmen musste. Ueber die Preissteigerung während der letzten Wochen unterrichtet folgende Zusammenstellung:

	15. März	1. April	4. April	5. April
<u>Weizen Berlin</u> pro Tonne in Mark	235-238	258-260	264-267	262-265
<u>Roggen Berlin</u> " " " "	142-147	154-156	168-170	163-165
<u>Futter- und Industrieroggen</u> <u>Berlin</u> pro Tonne in Mark	140-150	157-166	178-188	178-188
<u>Hafer Berlin</u> pro Tonne in Mark	118-128	148-158	162-172	159-169.
<u>Weizen Manitoba</u> unverzollt Hamburg pro Tonne in Mark	186,50	199,10	204,10	

Bezeichnend an der ganzen Bewegung ist, dass die schärfsten Steigerungen bei den Futtergetreidepreisen eingetreten sind. Man ist mithin geneigt, die Bedeutung der erhöhten Futtermittelzölle sehr hoch einzuschätzen; man legt auch wohl dem Maismonopol den Sinn bei, dass das Institut unter den Händen des neuen Reichsernährungsministers zu einer Drosselung jeder Maiseinfuhr werden wird.

Die Getreidepreishausse beruht auf politische Gründe. Der Regierungswechsel, insbesondere der Wechsel im Reichsernährungsministerium, hat sich in einer Verwirrung der Preisbegriffe ausgewirkt. Bezeichnend für die ganze Sachlage ist dass sich die Preisbildung bei nur ganz geringen Umsätzen vollzog. Man könnte die Kurse als gesprochene Kurse bezeichnen, d.h. die Preisnotiz kam zustande, ohne dass sozusagen Umsätze vorlagen. Weil die politischen Ursachen der Preishausse so erkennbar sind, möchten wir ihnen keine lange Dauer beimessen. Gegen eine Dauer der Preishausse spricht vor allem die ganze Marktsituation. Die in der Vorwoche erreichten Preise bauen sich nicht auf einem entsprechenden Bedarf auf. Die ganze Preisbildung in der verflossenen Woche ist ein künstliches Gebäude und muss zusammenstürzen, wenn die Wirkung der Schiele'schen Spritze nachlässt. Ein böses Zeichen ist, dass sich der Mehlmarkt während der ganzen Hausse nur wenig belebte, trotzdem bekannt ist, dass die Verarbeitung nur knapp eingedeckt ist.

Wenn etwas für die gesteigerten deutschen Getreidepreise spricht, dann sind es die festen Auslandsmeldungen. Dafür liegt eine ganze Reihe sachlicher Begründungen vor. So klagen die nordamerikanischen Kabelnachrichten der letzten

Zeit über Mangel an Feuchtigkeit; es wird auch erklärt, man arbeite in den Vereinigten Staaten von Nordamerika auf eine Verringerung der Sommerweizenfläche um mindestens 10 % hin. In Kanada rechnet man mit einer Verringerung der Anbaufläche um 5%. Auch nimmt man an, dass sich in den letzten Monaten der Saison der europäische Bedarf an Getreide erhöhen wird. Alles das hat den Preis gestützt.

Dem stehen aber auch andere Tatsachen gegenüber. So wird man wohl dauernd mit einem russischen Angebot rechnen müssen; auch die finanziellen Vorbereitungen in Frankreich lassen keinen Zweifel darüber, dass die Franzosen mit Hilfe staatlicher Geldmittel verstärkt Weizen exportieren werden. Ausschlaggebend sind jedoch die ungeheuren Vorräte in Nordamerika und ferner die Tatsache, dass man sowohl in Uebersee als auch in Europa mit einer sehr guten Winterweizenernte 1930 zu rechnen hat. Wenn sich das bis jetzt noch nicht in einem schärferen Preisdruck ausgewirkt hat, dann liegt das daran, dass der Stoss politisch aufgefangen wird. Das nordamerikanische Farmamt, das noch kürzlich mit neuen staatlichen Geldmitteln in Höhe von 100 Millionen Dollar ausgerüstet worden ist, hat grosse Weizenmengen zum Zwecke der Preisstützung aufgekauft. Man schätzt die Weizenvorräte, die das Farmamt am Ende der Saison in seinem Besitz haben wird, auf etwa 100 Millionen Bushels. Das beweist wohl am besten, wie sehr der Weltgetreidepreis politisch bestimmt ist.

Nun erhebt sich die Frage, was das nordamerikanische Farmamt mit seinem Weizen anfangen will? Eine ähnliche Frage haben wir ja auch in Deutschland, wo die staatlichen Stützungsstellen im Laufe der letzten Monate einige hunderttausend Tonnen Roggen aufgekauft haben. Das Farmamt hat Glück, wenn sich in gewissen Distrikten Missernten ergeben. Dann könnte es seine Weizenreserve mobilisieren. Ein Export nach Europa, von dem man eine Zeit lang geredet hat, kommt wohl allem Anschein nach vorerst nicht in Frage. Die amerikanische Regierung weiss aber auch, dass sie in der ungeheuren Weizenreserve ein schwerwiegendes wirtschaftspolitisches Instrument in der Hand hat. Die nordamerikanische Regierung will, im Gegensatz zu den deutschen Illusionisten in der Grünen Front, wirkliche Preisstabilisierungspolitik betreiben, indem sie auf die Verringerung der Anbaufläche drängt. Die Farmer haben aber an einer Verringerung der Anbaufläche so lange kein Interesse, wie der Preis künstlich gehalten wird. Deshalb stösst die wirtschaftspolitisch notwendige Massnahme einer Anbauflächenverringerung immer wieder auf den Widerstand der Erzeuger. Nun hat das amerikanische Farmamt gedroht, die Weizenreserve rücksichtslos auf den Markt zu werfen, wenn die Landwirtschaft nicht zur Verringerung ihrer Anbaufläche übergeht. Es ist abzuwarten, ob diese Drohung ihren Zweck erfüllt.

Der ganze Vorgang ist für Deutschland von besonderem Interesse. Die von der neuen Regierung angekündigten Agrarmassnahmen haben bei uns besonders die Roggenpreise in die Höhe getrieben. Das wird zu einer Erweiterung der Roggenanbaufläche führen, während im Interesse der Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft und der Roggenpreisbildung, eine radikale Verringerung der deutschen Roggenanbaufläche notwendig ist. Wir sehen heute schon den Augenblick kommen, wo die deutsche Regierung mit ähnlichen Mitteln wie die amerikanische Regierung auf eine Verringerung der Roggenanbaufläche dringen muss.

SPD. Uns wird geschrieben: "Zu den unentwegten Kämpfern für Wirtschaftsfreiheit gehört die Wirtschaftspartei. Was sie aber unter Wirtschaftsfreiheit versteht, geht am besten aus ihrer Forderung an die Reichsregierung hervor, den Standinhabern in den Markthallen den Verkauf bestimmter Waren durch Gesetz zu verbieten. Wirtschaftsfreiheit und Gewerbefreiheit - aber für sich und nicht für die Konkurrenz, die, wie ein Vertreter des Einzelhandels kürzlich gelegentlich einer Pressebesprechung zugab, in den Markthallen billiger verkauft. Geschäftliche Tüchtigkeit muss also nach der Auffassung dieser merk-

würdigen Wirtschaftspartei gesetzlich verboten werden. Es ist immer schlimm, wenn sich wirtschaftliche Rückständigkeit in Gesetzesvorschlägen verdichtet.

Ein anderes Beispiel dafür hat die Wirtschaftspartei gelegentlich der letzten Steuerdebatten gegeben. Sie verlangte eine Sonderbesteuerung des Umsatzes überall dort, wo der Umsatz 1 Million Mark und mehr beträgt. Diese Forderungen richten sich natürlich gegen die verhassten Konsumgenossenschaften und gegen die Warenhäuser. Dass die gegenwärtige wirtschaftliche Situation aber eine Preisverbilligung, Lastensenkung und Kaufkraftstärkung verlangt, das stört die Wirtschaftspartei sehr wenig. Nach den Forderungen der Wirtschaftspartei sollte diese Ausnahmesteuer gegen die Konsumgenossenschaften und Warenhäuser auf $3/4$ % festgesetzt werden. Als man diesen Steuertheoretikern dann nachrechnete, dass dabei nur die für die Ausgleichung des Etats belanglose Summe von 15 Millionen Mark herauskommen würde, verlangten sie - die Verdoppelung des Steuersatzes auf $1\frac{1}{2}$ % und machten, wie uns bestimmt versichert wird, von der Erfüllung dieser Forderung ihr Verbleiben im Kabinett abhängig.

Mit solchen Leuten muss man in Deutschland Steuerpolitik machen. Brüning und Moldenhauer können uns nachgerade leid tun!

SPD. Der vom Reichswirtschaftsrat zur Prüfung der Zugabewesens eingesetzte Arbeitsausschuss hat sich dafür ausgesprochen, dass im Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes ein neuer Paragraph geschaffen wird, der die Ankündigung von Gratiszugaben verbietet. Dieses Verbot soll so eindeutig sein, dass Ankündigungen, die den Eindruck der Unentgeltlichkeit erwecken, ebenfalls getroffen werden. Auch sollen derartige Gratisankündigungen nirgendwo, auch nicht in den Geschäftsräumen des Warenanbieters, erfolgen dürfen. Wesentliche Meinungsverschiedenheit besteht jedoch im Ausschuss darüber, ob es zweckmässig sei, allen Geschäftsleuten, die die Zugabereklame benutzen, gesetzlich vorzuschreiben, dass der Käufer selber darüber entscheiden kann, ob er die Zugabe oder einen Barrabatt haben will. Die endgültige Entscheidung über diese Frage wird nach Ostern fallen.

SPD. Die Grüne Front wartet mit einem neuen Skandal auf und zwar handelt es sich dies mal um einen Branntweinskandal. Man will eine neue Millionen-subvention über das Branntweinmonopol schmuggeln.

Die Lage des deutschen Branntweinmonopols ist ausserordentlich angespannt. Die in den letzten Jahren ständig steigenden Uebernahmepreise für Branntwein der Monopolverwaltung haben zu einer starken Steigerung der Erzeugung geführt, die nur durch einen ständig grossen verlustbringenden Branntweinab-satz für industrielle und Motorpreis-zwecke abgesetzt werden könnte. In den ganzen letzten Jahren sind für diese Verlustverkäufe der Branntweinmonopol-verwaltung jährlich 60 bis 80 Millionen Mark aufgewendet und die Steuerablie-ferung der Reichsmonopolverwaltung an die Reichskasse um dieselbe Summe ver-mindert worden.

Trotz steigender Verlustverkäufe haben sich aber die Vorräte der Branntweinmonopolverwaltung immer weiter vergrössert. Schon seit längerer Zeit wird daher vom Landbund und den ostelbischen Grossagrariern gefordert, dass noch mehr Spiritus mit Verlust als Motorantriebsstoff Verwendung findet. Bereits die obengenannten Verlustzahlen zeigen, wie unsinnig ein solcher Vorschlag ist und zu welcher unerträglich weiteren Belastung der Reichskasse er führen müsste; kostet doch der Monopolverwaltung ein Hektoliter Spiritus bei der Uebernahme 63 Mark. Hinzu kommen ca. 15 bis 20 Mark Verwaltungs- und Reinigungskosten, so dass der Einstandpreis insgesamt 80 Mark beträgt. Der Verkaufspreis für Motor-spiritus ist dagegen auf nur 31 Mark festgesetzt, so dass bei jedem Hektoliter

Motorspiritus 50 Mark auf Kosten des Steuerzahlers zugesetzt werden. Eine grundlegende Reform des ganzen Branntweinmonopols wird daher seit Jahren von der Sozialdemokratie dringend gefordert. Dass eine solche Reform nicht gerade unter der Regierung Schiele durchgeführt wird, haben wir nicht gehofft. Wir hatten jedoch andererseits nicht gedacht, dass sofort nach dem Regierungswechsel von den Deutschnationalen ein so unsinniger Antrag gestellt werden würde wie dies tatsächlich jetzt im Steuerausschuss des Reichstages geschehen ist - dass zu allem nach Deutschland importierten Benzin zwangsweise 10 % Spiritus beigemischt werden müssen. Dieser von Herrn von Sybel gestellte Antrag wurde merkwürdigerweise im Steuerausschuss des Reichstages sogar angenommen.

Welche Konsequenzen die Durchführung dieses Antrages hätte, zeigen wenige Zahlen. Nach Deutschland werden rund 1 Million Tonnen Benzin eingeführt. Eine 10%ige Beimischung würde den Absatz von 100 000 Tonnen oder 1250 000 Hektolitern Spiritus für Motorantriebstoff bedeuten. Würde dieser Spiritus zu denselben Verlustpreisen wie bisher abgegeben, so würde sich heraus ein Verlust für die Reichskasse von 62½ Millionen Mark ergeben. Das ist ein Betrag, der ungefähr dem vom Reichsfinanzminister geschätzten Mehraufkommen aus der Benzinzollerhöhung entspricht. Das gesamte für die Gesundung der Reichsfinanzen notwendige Mehraufkommen aus dieser Steuer würde also zur Sanierung des obstetischen Grossgrundbesitzes verwendet. Würde andererseits der Spiritusabgabepreis auf den Einstandspreis, d. h. auf 80 Mark pro Hektoliter erhöht, so würde sich hieraus eine zusätzliche Verteuerung des Benzins um 6 Pfennige pro Liter ergeben. Wir nehmen an, dass der Steuerausschuss des Reichstags sich über die Konsequenzen dieses Antrages nicht im klaren gewesen ist, denn sonst hätte er ihm unmöglich seine Zustimmung geben können.

Dass die Sozialdemokratie einer solchen sinnlosen Verschleuderung der Steuergelder (und das vollends in einer Zeit, in der nach Meinung der Rechtsparteien nicht einmal Geld für die Arbeitslosenversicherung vorhanden ist) den stärksten Widerstand entgegensetzen wird, ist selbstverständlich.

SPD. Die in den letzten Tagen wieder einmal viel erörterte Frage, ob die Brauindustrie die geplante Erhöhung der Biersteuer tragen kann, beantwortet das Bürgerliche Brauhaus Breslau in geradezu klassischer Weise. Trotzdem das Unternehmen seine Abschreibungen von 147 000 auf 195 000 Mark heraufgesetzt hat, kann es den Ueberschuss von 250 000 auf rund 445 000 Mark steigern. Aus diesem Ueberschuss zahlt das Bürgerliche Brauhaus in Breslau zunächst eine Dividende von 20 %. Dabei nimmt es eine Kapitalerhöhung vor (Austausch 1:1, wobei die Aktionäre selbstverständlich gut verdienen), wahrscheinlich, um auf Grund eines verwässerten Kapitals die Dividende künftig niedriger zu halten. Auf die neuen Aktien zahlt aber das Breslauer Unternehmen noch 20 % ein, so dass die Aktionäre insgesamt eine Dividende von 40 % erhalten. Das kann sich ein Unternehmen leisten, das in einem Jahr 50 % seines Aktienkapitals glatt verdient.

SPD. Der arbeitstägliche Absatz des Rheinisch-Westfälischen Ruhrkohlen-syndikats wird für den Monat März mit 208 000 Tonnen angegeben gegenüber 218 000 Tonnen im Monat Februar. Davon gingen 100 000 Tonnen (im Vormonat 103 400 Tonnen) in das unbestrittene Gebiet.

Wochenend oder abgebremsst?

(Berliner Getreidebörse 5. April)

SPD. Die Berliner Produktenbörse zeigte am Sonnabend gegenüber den Vortagen eine wesentlich abgeschwächte Tendenz. Es scheint, dass man die Aussichten des neuen Kabinetts wieder ungünstiger beurteilt. Zu diesen verflauenden politischen Gründen trat ferner der Umstand, dass die Landwirte jetzt grössere Abgabeneigung beweisen. Dem stand jedoch eine verminderte Kauflust gegenüber. So konnte es nicht ausbleiben, dass die Preise für prompte Ware eine rückläufige Richtung annahmen. Weizen verlor ca. 4 bis 5, Roggen sogar 8 Mark. Im gleichen Umfange bewegte sich auch die Preiseinbusse am Markte der Zeitgeschäfte. Der Mehlmarkt blieb geschäftslos, zumal die Mühlen auf ihren höchsten Forderungen verharrten. Auch am Hafermarkt, wo knappes Angebot vorlag, waren die Käufer kaum mehr bereit, die Forderungen der Eigner zu bewilligen.

	<u>4. April</u>	<u>5. April</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	264 - 267	262 - 265
Roggen	168 - 170	163 - 165
Braugerste	192 - 206	189 - 202
Futter- und Industriergerste	178 - 188	178 - 188
Hafer	162 - 172	159 - 169
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,25 - 37,50	29,25 - 37,25
Roggenmehl	24,50 - 27,25	23,75 - 26,75
Weizenkleie	10,00 - 10,75	10,00 - 10,75
Roggenkleie	10,25 - 11,00	10,25 - 11,00.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 274-273 $\frac{1}{2}$ (Vortag 278 $\frac{1}{2}$), Juli 282-281 $\frac{1}{2}$ (287), September 266 $\frac{1}{2}$ plus Brief (271). Roggen Mai 183 $\frac{1}{2}$ bis 184 $\frac{1}{2}$ (191 $\frac{1}{2}$), Juli 193 (201), September 193 (199). Hafer Mai 179 - 178 (187), Juli 188 (198).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 5. April: I. 135 Mark, II. 120 Mark, III. 104 Mark je Zentner. Tendenz ruhig.

SPD. Das Preussische Statistische Landesamt gibt wie alljährlich um die selbe Zeit, seinen ersten Saatenstandsbericht heraus, in dem der Stand der Winterernte als durchaus befriedigend bezeichnet wird. Auf Grund der Meldungen von 3363 landwirtschaftlichen Berichterstattern wird festgestellt, dass die Herbstsaaten die kritische Winterzeit trotz fehlender Schneedecke schadlos überstanden.

Für Winterweizen - 2 bedeutet gut, 3 = mittel und 4 = gering - ergibt sich die Note 2,5 gegen 3 zu Anfang April 1929, für Winterroggen ebenfalls 2,5 (2,9), Wintergerste 2,7 (3,4) und Gemenge 2,7 (2,9).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 5. April 1930.

Die Gesichte des Blinden.^x

SPD. Heiner war blind geboren. Man hatte es nicht gleich nach seiner Geburt bemerkt, denn die Augen des Kindes waren nicht entstellt; sie standen klar und durchsichtig in dem zarten Gesichte des Neugeborenen. Erst als die Zeit kam, in der die Kinder mit den Blicken folgen, wenn ihnen etwas Blankes gezeigt wird, die Zeit, in der sie in das Licht starren, das man im Zimmer abends entzündet, erst in dieser Zeit erschien es der Mutter, die schon andere Kinder gehabt hatte, sonderbar, dass sie solche Aufmerksamkeit bei Heiner nicht beobachten konnte. Dann jedoch wandte er ihr wieder das Köpfchen zu, wenn sie die Tür öffnete und das Zimmer betrat, und da erschien es ihr sicher: "Das Kind sieht nach mir." Sie wusste nicht, dass nur der Ton der sich öffnenden Tür ihn veranlasst hatte, den Kopf dorthin zu wenden, woher der Ton erklang. Heiner lebte nur durch die Töne. Und endlich konnten sich auch die Menschen, die immer um ihn waren, die Mutter und der Vater, nicht länger täuschen. Sie wussten es im Voraus, wie der Ausspruch des Arztes, den man nur in Notfällen in das Dorf holte, und den man nicht früher befragt hatte, lauten würde; er würde sagen: "Heiner ist blind". Das sagte er denn auch wirklich. Er fügte noch hinzu, dass es bei dieser Form der Blindheit keine Heilung gebe. Heiner würde immer blind bleiben.

Heiner lebte und lernte durch die Töne. Er wusste früh schon den Hof zu finden, von dem her er morgens das Gackern der Hühner hörte, die ihr Futter bekamen. Er fand die Tür zum Kibstall, in dem die Kuh muhte, manchmal auch ein Kälbchen blökte. Er wusste, dass der Frühling da war, wenn die Stare ihren Zwitscherschrei am Hausdach ausstießen, und er wusste, dass der Herbst kam, wenn die wilden Schwäne, die von Norden her über die Insel, auf der das Dorf lag, geflogen kamen, den warmen Süden zueilten. Wenn er hörte, dass der Frühling alles grün färbe, dann verband er eine ganz bestimmte Vorstellung der Farbe mit den Vogeltönen des Frühlings, und das Gelb des Herbstes, das Schneeweiss des Winters ward ihm ebenso ein Ton-Farbbegriff. Sein liebster Ton war der des rauschenden Wassers am Mühlbach und das Klappern der Mühle. Das ging so im Takt, und da kamen ihm selbst Worte, die einander in Takt und Rhythmus folgten. Der Heiner begann Verse zu machen und sie zu kleinen, selbsterfundnen Melodien zu singen. Die Mühlenflügel schlugen dazu den Takt.

Die Insel hatte wenig Fuhrwerk, höchstens ein paar altmodische Karren und Leiterwagen. Nur der Gutsherr und der Müller besaßen ein besseres Gefährt, von dem die Pferde mühsam durch die staubige Dorfstrasse stapften. Da auf einmal begann die Insel entdeckt zu werden. Sie wurde das Ziel von Ausflüglern. Hotels wurden erbaut, und im Sommer kamen Fremde in das Dorf, das mehr und mehr den Charakter eines Seebades annahm. Nun sollte auch die alte Dorfstrasse ausgebessert, sollte fester gestampft werden, damit nicht nur altertümliche Wagen, sondern auch moderne Gefährte und sogar Autos auf der Insel fahren könnten. Denn das hielten die grosstädtischen Fremden für nötig zum vollen Genuss ihrer "Sommerfrische". Eine Fähre sollte die Autos hinüber bringen.

Das geschah dann auch, und Heiner lernte den Hupenton zu unterscheiden von allen andern Tönen, die er bis dahin gekannt hatte. Er lernte auch, dass es gefährlich war, auf der neuen, festen Strasse zu gehen, denn ein Blinder geht

nicht schnell und sicher genug, um den heranrasenden heulenden Hupentieren mit Sicherheit auszuweichen. Heiner konnte sich die heulenden Dinger nie anders vorstellen, denn als grosse, halb wilde Tiere, die auf der Strasse daher sprangen oder rutschten. Wie sie sich eigentlich bewegten, das wusste er ja nicht recht. Bei den Pferden merkte er ganz gut, dass ihr vierbeiniges Traben eine Aehnlichkeit mit dem menschlichen Schritt hatte, dass sie also wohl ähnliche Beine besitzen mussten wie er selbst. Er hatte auch bei den Pferden diese Beine schon abgefühlt und konnte sie sich ganz gut vorstellen. Ein Auto konnte er nicht abfühlen; er wagte sich nicht nahe heran an die wilden Dinger.

Er versuchte auch zu ihrem Rollen und Tuten Liedverse zu finden wie zu dem Klappern der Mühle. Aber die Hupen hatten keinen eigenen Takt. Da sang er die Verse unwillkürlich in dem Takt, in dem er ein Lied von der Mühle gesungen hatte. Die Leute im Dorfe lachten ein bisschen, wenn er so sass und sang. Dann war er traurig und sang eine andere Weise; die klang aus in den Worten: "Wie traurig ist des Blinden Los", und dann sang er wieder eine von dem schönen grünen Insellande, in dem er lebte, und das er nie gesehen hatte und doch so sehr liebte. Ja, Verse konnte der Heiner machen, und manchmal fielen ihm auch Geschichten und Märchen und so allerlei Sachen ein, die er den Dorfkindern erzählte. Er selbst war mittlerweile aus den Kinderschuhen herausgewachsen und ein stattlicher Bursch geworden. Er hätte gern Arbeit getan wie die andern Burschen seines Alters, aber im Dorfe fand sich keine Arbeit, die er hätte tun können; er konnte nichts als Geschichten erzählen und Verse machen. Das freute ihn und die Kinder, aber die Leute im Dorfe schüttelten den Kopf über den unnützen Kram.

Sie wunderten sich nicht wenig, als eines Tages einer der Fremden, der mit einem schönen Kleinauto gekommen war, sich ganz still neben den Heiner setzte und zuhörte, wie er sang, das Lied von dem schweren Lose des Blinden, ein Lied von den Staren am Hause, und dann, da eben ein Auto vorbeigefahren war, ein Lied von dem Hup=Hup=Tät=Tät des fremden Gefährts. Dem Horchenden schien es, als habe er nie ein Lied gehört, das so verwandt war den Tönen, welche die Welt füllten, als die Lieder des blinden Heiner. Er fragte, ob er die Lieder aufschreiben dürfe. Da tat er dann auch, und dann nahm er das Geschriebene mit in die Stadt - und dann - ja, was ist da noch weiter viel zu erzählen! - dann hatte man den Heiner auf einmal "entdeckt", wie die Fremden es nannten. Man sang seine Lieder zuerst in der nahe gelegenen Stadt bei musikalischen Veranstaltungen; dann in der Hauptstadt, und man druckte auch die Geschichten und Märchen, die der Heiner erzählte. Man fragte ihn, woher er sie habe, da es sei, als habe er alles gesehen, von dem er erzählte. Er lächelte und sagte: "Ich höre auf die Töne, und dann ist es, als ob ich sehe, und dann weiss ich vieles, das vorgeht. Vielleicht weiss ich manches, das die andern nicht wissen, weil ihnen die Töne nicht so viel erzählen wie mir."

Ja, so sagte der Heiner, und darin hatte er wohl Recht. Aber die Leute im Dorfe wunderten sich sehr darüber.

Henni Lehmann.

SPD. Ein Mann ohne Bedeutung.^x Shaw empfing kürzlich den Besuch eines amerikanischen Verlegers. Im Verlauf der Unterhaltung sass der Dramatiker plötzlich wortlos, in Gedanken versunken, gegenüber seinem Gast. "Ich zahle gern einen Dollar", liess sich der Yankee vernehmen, "wenn ich wüsste, woran Sie im Augenblick denken!" - "Tun Sie's lieber nicht", erwiderte Shaw gelassen "so viel ist die Sache bestimmt nicht wert." - "Aber immerhin. Sagen Sie es doch endlich, woran Sie dachten!" - "An Sie, mein Herr", lautete die überraschende Antwort.

Landplagen der Geselligkeit.

Von Weare Holbrook (New York).

SPD. Nein, es kann nicht mehr lange dauern! Bald werden die Gedichte aufsagenden Kinder, die Klavier- und Gesangvirtuosen und Virtuosinnen des Salons und die anderen Plagegeister der guten Stube ebenso legendäre Gestalten sein, wie es schon heute die Cowboys, die Indianer und das von Mädchenhändlern geraubte Girl sind. In gewissen Gegenden sind sie bereits ebenso ausgestorben wie die Seekuh und der Ichthyosaurus. Gegenwärtig haben sie sich auf die Provinz und in jene Himmelsstroeche zurückgezogen, wo das Nachtleben nicht von der Polizei, sondern von den Hühnern geregelt wird.

Die weiblichen Exemplare dieser aussterbenden Gattung haben die Eigentümlichkeit, eine unverwüstliche Jugend zu bewahren. Die unverbesserlichsten Rezitatorinnen von Kindergedichten sind zumeist rüstige Damen an der Grenze der vierziger Jahre. Je älter sie werden, desto kindlicher wird ihr Wesen.

So ist Fräulein Birdie Zwitscher berühmt durch ein von ihr immer wieder vorgetragenes Kinderliedchen, in dem sie ein imaginäres Kinderfräulein unermüdetlich befragt, warum der Mond nicht ebenso wie ihr Spielballon an einer Schnur befestigt sei, sodass Kindchen ihn hinunterziehen könnte. Fräulein Birdie trug dieses Kunstwerk zum ersten Male unmittelbar vor Ausbruch des Spanisch-Amerikanischen Krieges (1895) vor. Es muss zugegeben werden, dass es eine gewisse Anstrengung kostet, Birdie zum Start zu bringen. Aber noch viel mühevoller ist es, der Entfesselten ein Halt zu gebieten. Denn Birdie bietet der Hörerschaft mit unermüdetlicher Ausdauer ihr Bestes. Die Arme neigt in letzter Zeit sehr zu Korpulenz. Sie ist auch ein wenig schwerhörig geworden. Ihre blitzenden Augengläser hat sie mit einer kleinen goldenen Kette an ihrem linken Ohr befestigt. Dies erweist sich als sehr zweckmässig. Denn immer, wenn Birdie durch Emporziehen der Augenbrauen kindliche Unschuld markiert, gleiten ihr die Augengläser von der Nase.

Ihr erstes Auftreten feierte sie im Alter von fünf Jahren. Im weissen Kleidchen stand sie - wie heute noch - auf einem buntdrapierten Podium und trug ein rührendes Gedicht vor. Es war so rührend, dass sich manch wetterfester Mann die Tränen aus den Augen wischte und fragte, wann denn endlich die Erfrischungen aufgetragen würden. Von dieser Zeit an galt jeder Familienabend in der ganzen Stadt und Umgebung, wo Birdie kein Gedicht vortrug, als missglückt. So wurden sentimentale Gedichte ihre besondere Spezialität. Sie hatte eine zwar heisere, aber nette Stimme, die auch der Umstand nicht beeinflussen konnte, dass sie infolge eines Sprachfehlers die m's und n's derart aussprach, dass es jeden Augenblick den Anschein hatte, als wollte sie in Tränen ausbrechen. Wenn Birdie ihr liebenswertes Stimmchen tremolierend ansteigen liess, schluchzten reife Männer, die sich vergebens bemühten, unbemerkt aus dem Saale zu entkommen, wie die kleinen Kinder. Ihr erfolgreichstes Stück war ein Gedicht "Ich möcht' ein Stückchen Seide...", das etwa folgendermassen begann:

"Ich möcht' ein Stückchen Seide
Fürs liebe Püppchen mein, (Gebärde des Kinderwiggens)
Zu Püppchens neuem Kleide,
Ein Stückchen nur, ganz klein. (Gebärde des Abmessen)
Auf dass ich nähen lerne
Püppchen ein Kleid geschwind. (Gebärde der Hast)
Ich nähe gar zu gerne.
Ich bin kein faules Kind." (Energisches Kopfschütteln).

Es folgten noch fünf oder sechs Strophen, in deren Verlauf in rascher Aufeinanderfolge von Birdie Unschuld, Bestürzung, Begehren, Trotz und Entsagung zum Ausdrucke gebracht wurden.

Birdies kindliches Lispeln verbesserte sich von Jahr zu Jahr, und als der Zahnarzt ihre neue Brücke fertiggestellt hatte, war es so vollkommen, dass ihre öffentlichen Darbietungen - sehr zur Zufriedenheit ihrer Hörer - fast unverständlich wurden.

Aber keineswegs ist die Kunst, eine Gesellschaft zu unterhalten, lediglich den Frauen eigentümlich. Noch gibt es Sänger, Bauchredner und Vogelstimmenimitatoren!

Wenn man den sogenannten Virtuosen des Salons bittet, etwas zu singen, so pflegt er sich zu entschuldigen, dass er seine Noten nicht bei sich habe. Man glaube aber nur ja nicht, dass er nicht singen wird. Er wird! Gerade dann, wenn man anfängt, ihn zu ignorieren, wird er anfangen, vor sich hinzusummen, und dann wird er mit gut gespielter Beiläufigkeit fragen: "Wie geht denn nur dieses Lied, das vor zwei Jahren so populär war, erinnern Sie sich nicht... La da da di du...?" Der Heuchler! Er kennt Melodie und Text ganz genau, aber nur, wenn er sich zielt, kommt er in Stimmung. Auch wenn wir uns keineswegs erinnern, wird er sein Lied mit unfehlbarer Sicherheit vortragen.

Wenn der Sänger stämmiger Figur ist und eine Schildpattbrille trägt, kann man, zumal er Tenor ist, mit grosser Wahrscheinlichkeit annehmen, dass er Seemannslieder singen wird. Baritone pflegen sich in ihrer Gesangkunst mehr der Stimmungsliteratur, aber auch der Jagd und dem Reiten zuzuwenden. Da sang einmal anlässig eines Wohltätigkeitsfestes Herr Eustachius Tutsch ein Lied "Gebt mir ein Pferd, wie will ich reiten!..." Er sang mit solchem Ausdruck "Ein Pfä... ä...ä...ä...rd...", dass einige hervorragende Bürger von West-Katzelshausen (wo die Feier stattfand) den Saal verliessen und bald darauf mit einem alten Klempner wiederkamen, den sie dem Sänger mit den besten Empfehlungen der Handelskammer von Katzelshausen zum Geschenke boten. Eustachius, der sich niemals auf einem Pferderücken befunden hatte, war von ihrer Grossherzigkeit so gerührt, dass er bei Nacht und Nebel die gastliche Stadt verliess.

Der Amateur-Bauchredner sorgt ebenfalls in entzündender Weise für Unterhaltung. In jedem Falle aber sollte er, um Missverständnissen vorbeugen, die Gesellschaft vorerst von seinem Vorhaben verständigen. Denn die meisten Leute sind leicht geneigt, anzunehmen, wenn sie in ihrer Mitte jemanden bemerken, der mit verglasten Augen unverständliche Kehllaute hervorstösst, dass es sich um ein plötzliches Unwohlsein handelt. Nicht wenigen Bauchrednern widerfuhr es, dass man ihnen plötzlich ein Glas Eiswasser ins Gesicht schüttete oder ihnen eine Flasche Salmiakgeist unter die Nase hielt. Ein Lieblingstrick des Amateurbauchredners ist es, sich vor einen Kasten zu stellen und zu grunzen: "Lass mich hinaus...Lasst mich hinaus..." Er will damit glauben machen, dass jemand freventlicherweise im Kasten eingesperrt worden ist. Auch hier ist eine Warnung am Platze! Als ich das letzte Mal einen Amateur-Bauchredner sein "Ich will hinaus...Ich will hinaus..." brummen hörte, ereignete es sich, dass zwei kräftige Männer den Künstler beim Kragen packten und ihn vor die Türe setzten. Sie hatten seine Darbietungen allzu wörtlich genommen.

Keineswegs selten ist schliesslich der Vogelstimmen-Imitator. Man schiesse ruhig auf ihn! Es ist nicht angebracht, sich dann mit Notwehr zu entschuldigen. Man entschuldige sich einfach damit, dass man sein Gegurre eben allzu realistisch empfunden hat.

(Einzig berechnete Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Korten.)

Jeden Morgen um 7 Uhr 45.

SPD. Ich begegne ihr jeden Morgen um 7 Uhr 45. "Ihr" ist eigentlich zu viel gesagt. Ich kenne sie nicht. Weder den Namen noch ihr Woher und Wohin. Ich weiss nichts von ihr. Ob sie zum Dienst in irgend eine Telephonzentrale geht, oder ob sie einem Aufsichtsratsvorsitzenden Briefe tippt? Vielleicht ist sie Lehrerin, eine von jenen Lehrerinnen, wie man sie heutzutage, gottseidank, nicht mehr so selten trifft. Oder bindet sie Blumen? Verkauft sie irgendwo Eau de Cologne? Ich weiss es nicht.

Und doch kennen wir uns. Ich kenne sie nicht. Sie kennt mich nicht. Aber wir kennen uns. Wir beide.

Wenn wir uns begegnen, lächeln wir uns flüchtig zu. Jenen flüchtigen Gruss von Menschen, die es eilig haben. Wir haben beide noch zu arbeiten an diesem Tage. Das verbindet uns. Das gibt uns das Recht, uns anzulachen.

Einmal - ich konnte den Grund nie erfahren - haben wir uns nicht gesehen. An diesem Tage lief mir alles quer. Alle Telephonanschlüsse wurden verpatzt. Zahlen konnten nicht addiert werden. Der Chef wurde muffelig und gallig. Und - der Teufel hole dieses Handwerk! - Jede Schreibmaschine bockte. Gerade so, wie wenn einer mit dem linken Bein zuerst aufsteht.

Da wusste ich, was mir fehlte. Die flüchtige Sekunde um 7 Uhr 45. Die Begegnung auf der Strasse. Das bisschen, ach so armselige Menschsein vor der Arbeit.

Wir begegnen uns wieder. Wir geben uns wieder Mut für den langen, fronen Tag. Nie werde ich sie nach ihrem Namen fragen. Ich will nur ihr blühendes, mutiges Lächeln.

Albert Ansmann.

Die Fuhrherren von Kalkutta.

SPD. Der Telegraph meldet, dass es in Indiens Hauptstadt Kalkutta zu schweren Strassentumülten gekommen ist. Polizisten sind gegen eine Demonstration eingeschritten. Die Demonstranten haben sich zur Wehr gesetzt. Dutzende von Verwundeten hüben und drüben....

Kalkutta ist ein bisschen abseits von uns gelegen, und im allgemeinen ist wohl zu sagen, dass der "Bedarf" an blutigen Demonstrationen durch die heimische Produktion allzu reichlich gedeckt ist, als dass wir geneigt wären, einen Strassentumult in Indien als Weltkuriosität zu empfinden. Aber wenn auch die Demonstration als solche unser Interesse nicht zu fesseln vermag, so haftet doch ihrem Motiv das Merkmal der Besonderheit an. Es ist der Gewerbestand der Fuhrherren gewesen, der in Kalkutta auf die Strasse gegangen ist, und die Forderung, die er erhob, war die Abschaffung einer Polizeivorschrift, nach der Zugtiere an besonders glühenden Tagen in den Stunden der sengendsten Hitze nicht beschäftigt werden dürfen.

Eine von guten sittlichen Impulsen getragene und von schönem Mitgefühl für die gequälte Kreatur eingegebene Anordnung; aber die Polizei hatte wohl nicht genügend beachtet, dass ihr Verständnis für die Leiden der Tiere ein gewisses Unverständnis gegenüber der Lage der Fuhrherren einschloss. Geschundene Tiere, mit heraushängenden Zungen durch die Höllenhitze indischer Glutmittage trabend, in den traurigen Augen alle wehrlose Dulderqual gepeinigter Geschöpfe das war die eine Seite der Sache. Aber es gibt noch eine andere Seite. "Wir sind, weiss Allah!, nicht auf Rosen gebettet", höre ich die Fuhrleute von Kalkutta argumentieren. "Unsere Branche liegt darnieder. Das Brot, das wir essen, ist hart. Unser Weib zu Hause will Kleidung. Die Kinder rufen nach Nahrung. Was

ist es da für eine Schikane der Polizei, uns den bürgerlichen Verdienst zu schmälern....!" -Sie sind damit von ihrem Standpunkt aus im Recht, die Fuhrherren in jenem Recht der Bedrückten, das für sich in Anspruch nimmt, an den noch Bedrückteren ein Unrecht begehen zu dürfen. Die Fuhrherren von Kalkutta gibt es überall in der Welt. Neulich sprach ich einen kleinen Unternehmer. Er klagte mir seine Not und überzeugte mich davon, dass er keineswegs grosse Sprünge machen könnte. Er sagte, dass er den Dalles habe. Jawohl, den Dalles, der in den wenig günstigen Zahlen seines Kassabuches zum Ausdruck kommt. Aber seine Arbeiter hatten etwas weit Schlimmeres als den Dalles: sie hatten die Armut, die sich am Leibe spürbar macht. Ich habe an den kleinen Unternehmer denken müssen, als ich die Notiz über die Demonstration der Fuhrherren von Kalkutta las, und ich habe auch ein wenig an die Soldaten des Krieges denken müssen, die, von ihrer Regierung in Qual und Not getrieben, sich dadurch aus Qual und Not zu befreien suchten, dass sie den von der andern Regierung in Qual und Not Getriebenen eine möglichst fürchterliche Hölle bereiteten.

Die Fuhrherren von Kalkutta sind nun also auf die Strasse gegangen und haben ihr Recht propagiert, die Zugtiere den Folterungen der Sonne auszusetzen. Was die Zugtiere anbelangt, so ist von so unvernünftigen Geschöpfen ja leider nicht zu verlangen, dass sie im Geschäftsinteresse ihrer Brot- oder Haferherren auch an den grausamsten Hitzetagen auf jegliche missmutige und das Mitleid der Polizei provozierende Gebärde verzichten.

Drago.

Die haben den Bogen raus.^X

SPD. Vor einigen Jahren wandte sich Pippels Rosenträgerfabrik an das amerikanische Parlament mit einem seltsamen Antrage. Man bat die Vertretung des amerikanischen Volkes um die Erlaubnis, die Fackel der Freiheitsstatue im Hafen von New York zu entfernen und der strahlenden Göttin dafür ein Schild in die Hand zu drücken, das den ankommenden Seefahrern verkünden sollte: "Pippels Hosenträger sind die besten!" Für die Erteilung dieser Erlaubnis wollte man angeblich eine ungeheure Summe Miete zahlen: eine Million Dollar im Jahr.

Wie zu erwarten war, lehnte das Parlament den verrückten Antrag ab. Etwas anderes wollte Pippels Hosenträgerfabrik auch gar nicht. Denn eine Million Dollar hätte Pippels Hosenträgerfabrik nie und nimmer aufbringen können. Aber Pippels Hosenträgerfabrik hatte erreicht, was sie wollte: Alle Zeitungen hatten von ihrem verrückten Antrage geschrieben; überall waren die Möglichkeiten für und wider eine Annahme erwogen und besprochen worden - Pippels Hosenträgerfabrik stand im Mittelpunkt des Interesses. Pippels Hosenträgerfabrik hatte die beste Reklame des Jahres gemacht und nicht einen Cent dafür ausgegeben. Und die Konkurrenzfirmen haben sich bis heute noch nicht von diesem Schlag erholt.....

km.

SPD. Abergläubische Abneigung gegen Fische.^X Die heute so ausserordentlich beliebte Fischnahrung hat sich nicht zu allen Zeiten der gleichen Wertschätzung erfreuen dürfen. Die Gefährten des Odysseus z.B. wollten lieber Hungers sterben als Fisch essen. Plutarch dagegen erzählt, dass sich Syrer und Griechen des gesundheitlichen Wertes der Fischnahrung durchaus bewusst gewesen seien. -Die Bewohner des nördlichen Schottland essen noch heute keine Makrelen, weil sie annehmen, dass dieser Fisch sich von Unrat ernähre. Auch Aal rührt sie nicht an, weil eine alte Sage ihrer Heimat diese Tiere in Beziehung zur Schlange im Paradiese bringt.